

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/109: 01.01.1888 – 31.12.1890

1888

Geld ist nicht die Hauptsache, Gesundheit ist viel mehr; die Ehre aber ist alles.

Heinrich Heine (1797-1856, deutscher Dichter)

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm I. stirbt am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den deutschen Kaiser "Wilhelm I." (x816/633-635): >>Wilhelm I. Friedrich Ludwig, deutscher Kaiser und König von Preußen, der zweite Sohn Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, Tochter des Herzogs Karl II. von Mecklenburg-Strelitz, wurde am 22. März 1797 zu Berlin geboren.

Am 1. Januar 1807, in der Unglückszeit nach der Katastrophe von Jena, wurde er zum Offizier ernannt. Seine Erziehung (durch Delbrück und ... Hauptmann von Reiche) war eine treffliche; der Prinz zeigte schon früh einen klaren, praktischen Verstand, große Ordnungsliebe und einen gesetzten, ernsten, zuverlässigen Charakter und glich darin sehr seinem Vater, während er an geistiger Begabung und Regsamkeit seinem älteren Bruder, Fritz (Friedrich Wilhelm IV.), nachstand.

1814 durfte er, zum Hauptmann ernannt, seinen Vater auf dem Feldzug in Frankreich begleiten, erwarb sich ... am 26. Februar das Eiserne Kreuz, zog am 31. März mit in Paris ein, folgte den Monarchen auch beim Besuch in England und führte, am 8. Juni 1815 konfirmiert und zum Major befördert, ein Bataillon des 1. Garderegiments von neuem nach Frankreich, wo indes der Krieg schon zu Ende war.

Am 1. Januar 1816 erhielt er das Kommando des Stettiner Gardelandwehrebataillons, 1818 als Generalmajor das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade, am 1. Mai 1820 den Oberbefehl über die 1. Gardedivision und 1825 als Generalleutnant die Führung des Gardekorp. Mit treuer Sorgfalt widmete er sich den Pflichten seiner militärischen Stellung und war mit Erfolg bemüht, in der langen Friedenszeit den militärischen Geist in den Truppen zu erhalten.

Auch in Staatsangelegenheiten wurde er vom König zur Beratung herangezogen. Wiederholt wurde er in Staats- und Familienangelegenheiten an den Petersburger Hof gesandt.

Nachdem er 1826 auf die Heirat mit der Prinzessin Elise Radziwill, die er innig liebte, verzichtet hatte, weil sie Streit über die Erbfolge in der Dynastie hervorzurufen drohte, vermählte er sich am 11. Juni 1829 mit der Prinzessin Auguste von Sachsen-Weimar, deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders, Karl, war. Dieselbe gebar ihm am 18. Oktober 1831 den Prinzen Friedrich Wilhelm und am 3. Dezember 1838 die Prinzessin Luise (jetzige Großherzogin von Baden).

Nach dem Tod seines Vaters 1840 erhielt er als ... Thronfolger seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. den Titel "Prinz von Preußen" und wurde bald darauf zum General der Infanterie befördert.

Bei dem Abbruch der Revolte am 18. März 1848 war der Prinz zwar für Bewilligung einer konstitutionellen Verfassung, aber vorher für Unterdrückung des Aufstandes mit Waffenge-

walt. Da er überdies, wegen seiner ausgesprochenen Vorliebe für das Militärwesen, als die Hauptstütze der absolutistischen Tendenzen galt, gab sich gegen ihn eine solche Aufregung kund, daß man es für angemessen hielt, ihn für einige Zeit sich entfernen zu lassen.

Der Prinz begab sich am 22. März nach London, wo er mit dem Prinzen Albert ... und anderen Staatsmännern verkehrte und seine politischen Anschauungen klärte. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil und bewies ein klares, vorurteilsfreies Verständnis dafür.

Anfang Juni kehrte er nach Berlin zurück. Zum Abgeordneten in die preußische Nationalversammlung gewählt, nahm er zwar das Mandat an, aber, nachdem er in einer kurzen Rede seine konstitutionellen Grundsätze dargelegt hatte, keinen weiteren Anteil an den Verhandlungen.

Am 8. Juni 1849 erhielt er den Oberbefehl über die zur Bewältigung der süddeutschen Revolution bestimmten Truppen und unterwarf, nachdem er in Mainz einem Attentat glücklich entgangen (war), in wenigen Wochen die aufständische Pfalz und Baden. Im Oktober ... zum Militärgouverneur am Rhein und in Westfalen ernannt, nahm er seinen Wohnsitz in Koblenz; 1854 wurde er zugleich Generaloberst der Infanterie mit dem Rang eines Feldmarschalls und Gouverneur der Festung Mainz.

Die früher dem Prinzen ungünstige Stimmung war infolge seiner Zurückhaltung von den Ausschweifungen der politischen und kirchlichen Reaktion und des Junkertums so sehr in das Gegenteil umgeschlagen, daß er, besonders seit den Verwickelungen mit Österreich und seit dem Krimkrieg, als Hauptvertreter der Machtstellung Preußens galt, und daß alle Hoffnungen der patriotischen und liberalen Partei sich ihm zuwandten, als er während der Krankheit des Königs am 23. Oktober 1857 als dessen Stellvertreter und am 7. Oktober 1858 als Regent an die Spitze der Regierung trat.

Nachdem er am 26. Oktober den Eid auf die Verfassung geleistet (hatte), berief er am 5. November das liberale Ministerium Hohenzollern ("neue Ära") und legte am 8. November in einem Erlaß an dieses seine Regierungsgrundsätze und Ziele dar. Zwar betonte er, daß von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne, erklärte sich aber entschieden gegen alle Scheinheiligkeit und Heuchelei; ebenso sprach er sich dagegen aus, daß Preußen sich in der auswärtigen Politik fremden Einflüssen hingebende, vielmehr müsse es durch eine weise Gesetzgebung, Hebung aller sittlichen Elemente und Ergreifung von Einigungsmomenten in Deutschland Eroberungen zu machen suchen.

Diese Stellen fanden im Volk und bei dem neugewählten überwiegend liberalen Abgeordnetenhaus den meisten Beifall, da die kirchliche Reaktion und die russische Politik Friedrich Wilhelms IV. am meisten verstimmt hatten, und wurden fast allein beachtet; viel zu wenig dagegen die Worte des Prinzen, in denen er von der notwendigen Heeresreform und den dazu erforderlichen Geldmitteln sprach, da Preußens Heer mächtig und angesehen sein müsse, wenn Preußen seine Aufgabe erfüllen solle.

Dies sah der Prinz in der Tat als seine Hauptaufgabe an, und der Verlauf der Ereignisse von 1859, wo die Mobilmachung auf große Schwierigkeiten stieß und viele Mängel im Heerwesen aufdeckte, konnte ihn nur darin bestärken. Leider konnte sich die Majorität des Abgeordnetenhauses nicht entschließen, die Mehrkosten der durchgreifenden Heeresreorganisation, welche 1860 vorgelegt wurde, im Vertrauen auf des Prinzen konstitutionelle und deutsch-nationale Gesinnung und Politik definitiv zu bewilligen. Voll Ungeduld wollte man erst tatsächliche Beweise einer energischen, erfolgreichen deutschen Politik sehen.

Am 14. Juli 1861 machte der Student Oskar Becker in Baden-Baden sogar ein Attentat auf Wilhelm I., der nach Friedrich Wilhelms Tod (2. Januar 1861) wirklich König geworden war, verwundete ihn aber nur leicht.

Die Krönung (18. Oktober 1861), welche Wilhelm I. veranstaltete, um die von dem Parlament unabhängige Macht des Königtums zu betonen, verstärkte das Mißtrauen gegen die konstitu-

tionellen Ansichten des Königs; die Neuwahlen am 6. Dezember 1861 fielen fortschrittlich aus, und mit dem Rücktritt des Ministeriums der Neuen Ära (17. März 1862), das der König fallen ließ, weil es die gesetzliche Genehmigung der tatsächlich bereits durchgeführten Heeresreorganisation nicht erreichen konnte, begann der Verfassungskonflikt, in dem der König sein eigenes Werk, die Reorganisation, mit Standhaftigkeit festhielt und für das Ministerium Bismarck so verhaßt es war, in seinen Konflikten mit dem Abgeordnetenhaus mit seiner ganzen königlichen Autorität, obwohl erfolglos, eintrat; ja, der König verlor selbst rasch seine frühere Popularität, wie sich besonders bei den 50jährigen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege und an die Vereinigung verschiedener Provinzen mit Preußen 1863-65 zeigte.

Obwohl Wilhelm I. schwer darunter litt, daß ihm die Herzen des Volkes entfremdet wurden, blieb er doch in der Verteidigung der Rechte der Krone standhaft. Während unter diesen Umständen die Reformen im Inneren völlig stockten, ja vielfach ein schroffes Polizeiregiment zur Herrschaft kam, verfolgte der König unter Bismarcks ebenso kühnem wie staatsklugem Beirat eine entschiedene Politik in der deutschen Frage. Da aber die damalige öffentliche Meinung den König und Bismarck völlig verkannte, so hielt man das Verhalten des Königs gegen den Fürstenkongreß 1863 und in der schleswig-holsteinischen Sache 1864 für bloße Spiegelfechtereien und ließ sich nicht versöhnen.

Um nun den Konflikt zu beenden, ohne die mit vieler Mühe vortrefflich durchgeführte Heeresreorganisation preisgeben zu müssen, brachte der König seine Legitimitätsansichten zum Opfer und ging, wiewohl widerstrebend, auf Bismarcks geniale Politik ein, welche 1866 zum Entscheidungskampf mit Österreich führte. In diesem übernahm der König selbst den Oberbefehl über das Heer und errang den glänzenden Sieg bei Königgrätz.

Bei den Friedensverhandlungen verzichtete er nur ungern auf die Annexion Sachsens, um Bismarcks deutsche Einigungspläne nicht zu durchkreuzen, und bot dem Landtag durch das Indemnitätsgesetz die erste Hand zum Frieden. Dieselbe wurde freudig ergriffen und der Einklang zwischen Monarch und Volk wiederhergestellt. Die militärische Fürsorge des Königs hatte sich herrlich bewährt.

Durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 wurde Wilhelm I. Präsident desselben. Im Inneren lenkte er mehr und mehr wieder in die liberale Bahn ein. Die verhaßtesten Minister der Konfliktsperiode wurden entlassen und machten Anhängern einer freisinnigen Reform Platz. Die Entwicklung des Norddeutschen Bundes wurde unterbrochen durch den Krieg mit Frankreich 1870, der Wilhelm I. und seine Schöpfung, das Heer, mit neuem, weit glänzenderem Ruhm bedecken sollte.

Wilhelm I. übernahm wieder den Oberbefehl über die gesamte in Frankreich einrückende Armee, befehligte selbst bei Gravelotte und bei Sedan und leitete von Oktober 1870 bis März 1871 mit unermüdlicher Arbeitskraft von Versailles aus die militärischen Operationen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen und die politischen Verhandlungen über die Herstellung des Deutschen Reiches.

Durch die Kaiserproklamation, welche am 18. Januar 1871 im Versailler Schlosse stattfand, nahm Wilhelm I. für sich und seine Nachfolger an der Krone Preußen den Titel eines "deutschen Kaisers" an und versprach, "allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung".

Am 16. Juni 1871 hielt er seinen glänzenden Einzug in Berlin. Rastlos widmete er sich wieder den Regierungsgeschäften, sowohl der Vollendung der militärischen Organisation des Deutschen Reiches als der inneren Reform des preußischen Staatswesens. Wie immer pflichtgetreu und streng gesetzlich, hielt er in dem sogenannten Kulturkampf gegenüber allen ultramontanen Schmeicheleien und Drohungen entschlossen zu seinen Ministern und wies die Anmaßung des Papstes in seinem berühmten Schreiben vom 3. September 1873 ebenso entschieden

wie würdig zurück.

Den äußeren Frieden bemühte er sich durch Versöhnung der Gegensätze und Feindschaften der Nachbarmächte zu sichern. Zu diesem Zweck brachte er im September 1872 den Dreikaiserbund zwischen Deutschland, Rußland und Österreich zustande, welcher die beiden letzteren Mächte einander näherte und die Aufrechterhaltung des Friedens sich zur Aufgabe machte.

Demselben Zweck sollten die Besuche dienen, welchen sich der Kaiser 1873 in Petersburg und Wien, 1875 in Mailand unterzog, wie er es sich denn stets angelegen sein ließ, durch den Eindruck persönlichen Verkehrs auf Besuchen in neuerworbenen Landesteilen beschwichtigend und versöhnend für die Einigung der deutschen Nation zu wirken.

Durch die Erfolge dieser unermüdlichen, aufopfernden Tätigkeit für das Gemeinwohl erlangte Wilhelm I. eine außerordentliche Beliebtheit, die sich 1. Januar 1877 bei seinem 70jährigen Militärjubiläum und am 22. März 1877 an seinem 80. Geburtstag in großartigen Huldigungen aller Stände des deutschen Volkes bewährte. Selten war es einem Fürsten zuteil geworden, wie ihm, noch in hohem Alter, am Spätabend seines Lebens, seinem Haus und Staat solche Ehren zu erringen und nicht bloß der älteste, sondern auch der angesehenste und mächtigste Monarch Europas zu sein.

Um so größeres Erstaunen und Entsetzen mußte es erregen, als ein Leipziger Klempnergeselle, Max Hödel, durch sozialdemokratische Agitationen verwirrt, am 11. Mai 1878, als der Kaiser mit der Großherzogin von Baden in offenem Wagen durch die Linden fuhr, mit einem Revolver mehrere, glücklicherweise erfolglose, Schüsse auf ihn abschoß.

Noch war die Aufregung hierüber nicht beschwichtigt, als drei Wochen später, am 2. Juni (einem Sonntag), als der Kaiser allein nach dem Tiergarten fuhr, fast an derselben Stelle, aus einem Fenster des Hauses Nr. 18 Unter den Linden, zwei Schüsse auf ihn abgefeuert wurden, die ihn erheblich (mit 30 Schrotkörnern in Kopf und Arme) verwundeten. Der Täter, Karl Nobiling, wurde, durch einen Selbstmordversuch schwer verletzt, ergriffen.

Obwohl der Kaiser so krank wurde, daß er am 4. Juni den Kronprinzen zum Stellvertreter ernennen mußte, so bewahrte er dennoch unerschütterliche Seelenruhe und Gleichmut. Unter sorgfältigster Pflege der Ärzte erholte er sich allmählich von der schweren Verwundung und kehrte nach längerem Aufenthalt in Baden und Wiesbaden am 5. Dezember nach Berlin zurück, wo er die Regierung wieder übernahm.

Die Huldigungen, die ihm während und nach seiner Genesung dargebracht wurden, waren zahllos und großartig. Im Juli wurde im ganzen Reich die Wilhelms-Spende aus kleinen Gaben gesammelt; sie ergab 1.800.000 Mark von 12 Millionen Gebern.

Unerschüttert in seiner Liebe und in seinem Vertrauen zum Volk erließ er am 17. November 1881 und am 14. April 1883 die Botschaften an den Reichstag, in denen er die wichtigen sozialen Gesetze für das Wohl der Arbeiter ankündigte. Auch knüpfte er Verhandlungen mit dem neuen friedliebenden Papst Leo XIII. zur Beendigung des Kulturkampfes an. Ungeachtet seiner tief gewurzelten Sympathien für Rußland gab er 1879 seine Zustimmung zum Bündnis mit Österreich. Unermüdlich war er auch für das Heer tätig und gönnte sich nur im Sommer in Ems und Gastein einige Erholung.

Diese treue, selbstlose Fürsorge für das Wohl Deutschlands, seine schlichte und doch imponierende, würdevolle Erscheinung verschafften ihm eine Popularität in Deutschland und ein Ansehen in der Welt, wie nie zuvor einem deutschen Herrscher; dies zeigte sich bei seiner goldenen Hochzeit, bei seinem 80jährigen Militärjubiläum (1. Januar 1887), bei seinem 25jährigen Regierungsjubiläum (2. Januar) und bei seinem 90. Geburtstag.

Schmerzlich getroffen durch die Krankheit seines Sohnes und den Tod seines Enkels (des Prinzen Ludwig von Baden), starb Wilhelm I. nach kurzer Krankheit am 9. März 1888 in Berlin und wurde am 16. März im Mausoleum zu Charlottenburg beigesetzt. Zahlreiche, teilweise

großartige Denkmäler wurden ihm errichtet; das 2. westpreußische Grenadierregiment Nr. 7 wurde Grenadierregiment König Wilhelm I. benannt.

Wilhelm I. war von großer, imposanter Gestalt und regelmäßigen, angenehmen und freundlichen Gesichtszügen. Geregelte Tätigkeit und einfache, mäßige Lebensweise bewahrten ihm bis in sein hohes Alter eine seltene körperliche Rüstigkeit und geistige Frische. Allgemein bewundert wurden seine Liebenswürdigkeit im persönlichen Verkehr und seine unermüdliche Ausdauer in der Erfüllung seiner Pflichten als Monarch sowohl in Staatsgeschäften wie bei den offiziellen Festen. "Einfach, bieder und verständig", so hatte seine Mutter ihn 1810 bezeichnet, und so entwickelte er sich harmonisch.

Hervorragende, glänzende Geistesgaben zeichneten ihn nicht aus; hauptsächlich nur für militärische und politische Dinge zeigte er Vorliebe, eingehendes Verständnis und selbständiges Urteil, weniger für Künste und Wissenschaften. Bedeutender waren seine Charaktereigenschaften: seine Wahrheitsliebe, Treue, Dankbarkeit, sein sittlicher Mut, seine Standhaftigkeit in gefährlichen, seine Mäßigung in glücklichen Lagen.

Namentlich anzuerkennen waren die Bescheidenheit, mit der er die Verdienste der von ihm selbst ausgewählten Gehilfen, wie besonders Bismarcks, Moltkes und Roons, nicht nur selbst anerkannte, sondern auch die mitunter ihn selbst in Schatten stellende Glorifikation derselben ohne Eifersucht ertrug, sowie besonders das strenge Pflichtgefühl, welches ihm das Wohl und die Größe des ihm anvertrauten Staates und Volkes als höchste Richtschnur seines Denkens und Handelns gelten, welches ihn nicht bloß im einzelnen Fall dem Gesetz sich unterwerfen, sondern auch altgewohnte Ansichten und Lieblingsideen seiner Pflicht zuliebe unterdrücken ließ.

Kaiser Wilhelm I. war ein glänzendes Beispiel dafür, daß im Staatsleben ein Charakter weit mehr wert ist als ein Talent. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 2.03.2013) über den deutschen Kaiser "Wilhelm I." (x887/...): >>"Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held"

Vor 125 Jahren starb der erste Deutsche Kaiser, Wilhelm I. - Er ließ Bismarck, Moltke und Roon gewähren

Sein Enkel und späterer Nachfolger Wilhelm II. hat versucht, für ihn die Bezeichnung "Wilhelm der Große" durchzusetzen, zu Recht vergebens. Eher ist seinem Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto von Bismarck zuzustimmen, der über ihn meinte: "Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held".

Die Rede ist vom Deutschen Kaiser und König von Preußen Wilhelm I.

Im Gegensatz zu dem wirklich großen Staatsmann Otto von Bismarck, der ein Revolutionär war, wenn auch ein weißer, war der Legalist Wilhelm I. eher anachronistisch. Ähnlich wie sein Vater Friedrich Wilhelm III. war Wilhelm ein Monarch, der zum Jagen getragen werden mußte. Aber während sich Friedrich Wilhelm durch die Ereignisse und Entwicklungen treiben ließ, übernahm diese Aufgabe bei Wilhelm Bismarck.

Das Größte an Wilhelm ist denn auch zweifellos, daß er erkannte, daß sein Regierungschef (Bismarck) und auch sein Generalstabschef (Helmuth von Moltke) größer waren als er und daß er diesen, wenn auch nicht immer ohne Widerstand, in der Regel letztlich doch folgte. Es zeugt von Charakter, wie neidlos und mit welcher Selbstironie er die Überlegenheit von Untertanen anerkannte. Trocken konstatierte er, daß Bismarck für das Reich wichtiger sei als er, und stöhnte, daß es nicht einfach sei, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.

Überhaupt scheint Wilhelm manche sympathischen Charakterzüge gehabt zu haben, darunter Bescheidenheit, Sparsamkeit, Mut, Pflichtbewußtsein und Treue. Nicht umsonst zählte Wilhelm bei seinem Tode zu den weltweit beliebtesten Monarchen; und ein so Großer wie Bismarck hat sich in seiner Grabinschrift "einen treuen deutschen Diener Kaiser Wilhelms I."

nennen lassen.

Wenn wir auch aus Wilhelms eigenem Munde wissen, daß es für ihn nicht leicht war, unter Bismarck Monarch zu sein, so war es doch auch für Letzteren nicht leicht, unter ihm Regierungschef zu sein. Zur ganzen Wahrheit gehört nämlich, daß Wilhelm Bismarck häufig Widerstand entgegengesetzt hat und daß, wenn Bismarck seinerseits nicht so konsequent an seinen Überzeugungen festgehalten hätte, Wilhelm eine Politik betrieben hätte, die nicht einmal Wilhelm II. auf die Idee hätte kommen lassen, ihn als groß zu bezeichnen.

Als ein Beispiel sei die Bündnispolitik des jungen Deutschen Reiches genannt. Bismarck wußte, daß es angesichts der Revanchegefühle Frankreichs von existentieller Bedeutung für das Reich war, mit den beiden anderen kontinentalen Großmächten verbündet zu sein.

Interessanterweise hielten sowohl Wilhelm I. als auch Wilhelm II. diese Kombination für unmöglich und für einen Verrat. Der Unterschied zwischen den beiden Hohenzollern bestand allerdings darin, daß Wilhelm II. den Rückversicherungsvertrag für einen Verrat am Zweibund hielt und deshalb den Vertrag nicht verlängerte, den Draht nach Petersburg kappte.

Wilhelm I. hingegen hielt ein Bündnis mit Österreich für einen Verrat an der traditionellen, bewährten Freundschaft mit Rußland. Bismarck setzte sich schließlich gegen Wilhelm I. durch.

Aber wäre es nach Letzterem gegangen, wäre es zu einer Wiederholung der Krimkriegskonstellation gekommen mit dem Unterschied, daß Preußen diesmal nicht hätte neutral bleiben können, sondern an Rußlands Seite als dessen westlicher Außenposten und Juniorpartner nicht nur Frankreich, sondern auch die am Status quo auf dem Balkan und in der Türkei interessierten Großmächte Österreich und Großbritannien zum Gegner gehabt hätte und damit von der einzigen verbündeten Großmacht abhängig gewesen wäre.

Es spricht für Wilhelms politische Naivität, sprich mangelnde Größe, aber auch für einen sympathischen, um nicht zu sagen: ritterlichen, Charakter, daß er die Außenpolitik seines Staates durch ein menschliches Gefühl wie Dankbarkeit leiten lassen wollte.

Wilhelm war nicht immer ein Sympathieträger seiner Landsleute gewesen. Sein Eintreten für eine militärische Antwort auf den Ausbruch der 48er Revolution und der finale Todesstoß, den er dieser liberalen Erhebung versetzt hat, indem er mit den von ihm kommandierten preußischen Truppen 1849 mit Rastatt die letzte Festung der Revolutionäre eingenommen hat, machte den "Kartätschenprinzen" zum Feindbild der Liberalen.

Möglicherweise unter dem Einfluß seiner liberalen Ehefrau Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach näherte sich Wilhelm jedoch nach der Revolution liberalen Positionen an. Und als er 1858 von seinem Bruder die Regierungsgeschäfte übernahm, war er - ähnlich wie 30 Jahre später sein Sohn Friedrich Wilhelm - zum Hoffnungsträger der Liberalen geworden. Unter seiner Regentschaft begann eine liberale Neue Ära.

Beim Militär endete jedoch Wilhelms Liberalismus. Nach den schlechten Erfahrungen mit der preußischen Mobilmachung während des Sardinischen Krieges im Jahre 1859 wollte Wilhelm eine Heeresreform durchsetzen, die sowohl den Wehrdienst verlängerte als auch das professionellere stehende königliche Heer gegenüber der Landwehr aus der Zeit der Befreiungskriege, stärkte. Da die Liberalen diese Kombination als inakzeptable Zumutung empfanden, war eine legale Realisierung dieser Reform unmöglich, hatte doch in dem mit dem Budgetrecht versehenen Abgeordnetenhaus die liberale Fraktion die Mehrheit.

In dieser Situation dachte Wilhelm wohl an Abdankung, zumal er in seinem liberalen Sohn Friedrich Wilhelm einen Nachfolger gefunden hätte, dem es wohl ein leichtes gewesen wäre, mit einer liberalen Parlamentsmehrheit zusammen zu arbeiten. Wilhelms Kriegsminister, Albrecht von Roon, verwies ihn dann jedoch auf Bismarck, der bereit war, als Regierungschef an der Seite seines Königs den Verfassungsbruch zu wagen. Gemeinsam setzten sie gegen den Willen der Liberalen und der Abgeordnetenhausmehrheit die Heeresreform 1862 durch.

Der Erfolg in den drei Einigungskriegen schien Wilhelm und Bismarck in den Augen vieler anfänglicher Heeresreformgegner nachträglich recht zu geben.

Als Legalist, der er war, wollte Wilhelm nach dem gewonnenen Zweiten Einigungskrieg von 1866 allen Verlierern etwas wegnehmen. Das hätte zur Folge gehabt, daß halb Deutschland Preußen bei der nächstbesten Gelegenheit revanchelüstern gegenübergestanden hätte. Es war Bismarck, der in dieser Frage keine halben Sachen wollte und es gegen Wilhelm durchsetzte, daß die Kriegsgegner entweder geschont oder eliminiert wurden, so daß im darauffolgenden Dritten Einigungskrieg Frankreich Preußen alleine gegenüberstand und unter Preußens Kriegsgegnern von 1866 keine Verbündete fand.

Angesichts dessen, daß Wilhelm gegenüber Napoleon III. in der spanischen Thronfolgefrage eine ähnliche Appeasement-Politik versuchte wie weiland sein Vater Friedrich Wilhelm III. gegenüber Napoleon I., wäre es ohne Bismarck möglicherweise gar nicht zum Dritten Einigungskrieg gekommen und damit zu jener Schwächung Frankreichs, die es Preußen erst ermöglichte, Deutschland 1871 zu einigen.

Und selbst nachdem Moltke für ihn auch den letzten der drei Einigungskrieg gewonnen hatte, hätte Wilhelm die deutsche Kaiserkrone fast noch in letzter Minute verspielt, wollte er doch lieber gar kein Kaiser sein, wenn schon nicht "Kaiser von Deutschland".

Es läßt sich konstatieren, daß Wilhelm zwar etwas altmodisch, um nicht zu sagen anachronistisch, dachte, aber nichtsdestoweniger diverse menschlich sympathische Züge trug. Andererseits ist es wohl ebenso wahr, daß Preußen unter diesem Hohenzoller ohne Generalstabschef Moltke, Kriegsminister Roon sowie schließlich Ministerpräsident und Reichskanzler Bismarck an dessen Seite wohl kaum vom kleinsten zur größten der europäischen Großmächte und zum Kernstaat eines deutschen Reiches geworden wäre.<<

Bismarck berichtet später über die Fieberphantasien des sterbenden Monarchen (x063/449):
>>... Mit dem russischen Kaiser mußt du (gemeint ist sein Sohn Friedrich III.) immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig ...<<

Im Testament des deutschen Kaisers Wilhelm I. heißt es zum Schluß (x092/611): >>... Die Menschen haben meine Fehler und Schwächen übersehen wollen, aber der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des himmlischen Vaters mißachtete.

Herr, dein Wille geschehe, im Himmel, also auch auf Erden.<<

Friedrich III. (1831-1888, nimmt an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil, bereitet sich danach gründlich auf die Regierungsübernahme vor) wird Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I. Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) stirbt, übernimmt Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron.

Kaiser Wilhelm II. eröffnet am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/...): >>Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. ...

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

Danach sind die Tage des "eisernen Reichskanzlers" gezählt, denn Kaiser Wilhelm II. ist zwar ein gebildeter Mann (Studium der Rechts- und Staatswissenschaften), aber der 29jährige Kaiser ist damals noch ein unerfahrener und arroganter Herrscher.

Im Jahre 1888 erläutert Bismarck dem Afrikaforscher Wolf die Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik (x056/306): >>... Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.<<

Großbritannien: Die britische Königin Viktoria berichtet über ein Gespräch mit dem deutschen Reichskanzler Bismarck in Berlin (x233/115): >>Charlottenburg, 25. April 1888.

Ich hatte eine sehr interessante Unterhaltung mit ihm und war angenehm überrascht, ihn so liebenswürdig und freundlich zu finden. ...

Er sprach viel über das deutsche Heer und von der ungeheuren Zahl von Männern, die im Notfall unter Waffen gestellt werden könnten, ihrer Eignung zur Landesverteidigung usw.; von seinem großen Ziel den Krieg zu verhüten, was, wie ich bemerkte, auch unseres sei; von Rußlands Unzuverlässigkeit.

Falls Österreich angegriffen werde, müßte Deutschland es vertragsgemäß verteidigen; dann würde die Gefahr entstehen, daß Frankreich sich mit Rußland verbünde. In diesem Falle sagte er, könne England mit seiner großen Flotte von großem Nutzen sein. ...

Ich sagte, Frankreich wünsche keinen Krieg, was er zugab, doch wäre die Regierung so schwach und machtlos, daß sie zu irgend etwas gezwungen werden könnte.

Er glaube, Österreich zeige zu viel Furcht vor Rußland, was für mich seltsam klang, da der (österreichische) Kaiser zu mir dieselbe Bemerkung über Fürst Bismarck gemacht hatte. ...

Ich sprach über Wilhelms Unerfahrenheit und daß er überhaupt nicht genug gereist sei. Fürst Bismarck erwiderte, daß Wilhelm zwar von nicht militärischen Dingen gar nichts wisse, daß er aber sagen könne, "wenn er ins Wasser geworfen würde, würde er auch schwimmen können", denn er sei wirklich klug.<<

Afrika: Deutsche Truppen schlugen im Jahre 1888 einen Araberaufstand in Deutsch-Ostafrika nieder.

1889

Das Gesetz des Wettbewerbs ... mag zwar für den einzelnen gelegentlich hart sein, für die Menschheit ist es jedoch zum Besten, weil es auf jedem Gebiet das Überleben der Tüchtigsten sicherstellt.

Andrew Carnegie (1835-1919, nordamerikanischer Unternehmer)

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1889 die Invaliditäts- und Rentenversicherung eingeführt.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 15.10.2011) über die Sozialpolitik des Deutschen Reiches (x887/...): >>Eine Errungenschaft des Konservatismus

Sozialstaat und die Sozialpolitik sind keine Erfindung des "Sozialismus" - Sie gingen vom kaiserlichen Berlin aus

Die Bundesrepublik Deutschland steckt in einer sehr tiefen Identitätskrise. Dies betrifft insbesondere auch den Sozialstaat und seine Errungenschaften, die von Berlin als Hauptstadt Preußens ausgingen und ganz von preußischem Geist geprägt sind. Dies zu betonen ist wichtig, denn gemeinhin wird angenommen, daß die Sozialpolitik eine Erfindung und Errungenschaft des "Sozialismus" sei. Im Gegenteil, sie ist ein genuin konservatives Projekt, dessen Wurzeln in Preußen zu finden sind.

In seinen "Elementen der Staatskunst" von 1809 hatte der Jenaer Adam Müller geschrieben, daß der Staat mehr sei als "eine bloße Manufaktur, Meierei, Assekuranzanstalt oder merkantilistische Sozietät (Gesellschaft)", sondern "die innige Verbindung des gesamten physischen und geistigen Reichtums, des gesamten inneren und äußeren Lebens einer Nation". Das Gemeinwesen werde bedroht, wenn es "in ein taxenzahlendes Arbeitervolk und in ein anderes müßiges Kapitalistenvolk" zerfalle. Diesen Gedanken griff im Revolutionsjahr 1848 Ernst-Ludwig von Gerlach, Führer der konservativen Partei in Preußen, auf.

In den Jahren nach 1850 haben vor allem preußische Konservative zum Teil kühne Konzepte vorgelegt, um die "Soziale Frage" auf evolutionärem Weg, ohne gewaltsamen revolutionären Umsturz zu lösen. Erinnert sei an Joseph Maria von Radowitz, der kurzfristig preußischer Außenminister war und die Idee eines "sozialen Königtums" entwickelte. Es waren konservative Denker, welche die von politisch linker Seite erbittert bekämpfte Bismarcksche Sozialgesetzgebung der 1880er Jahre begründeten. Doch der eigentliche Vollzieher des preußischen Staates zu einem modernen Sozialstaat war schließlich Wilhelm II. als König von Preußen und Deutscher Kaiser.

Wilhelm beendete Bismarcks antikatholischen Kulturkampf und förderte die Integration der Juden wie kein anderer. Im 1871 gegründeten Kaiserreich waren die Juden zum ersten Male freie und gleiche Bürger. Auch der Dienst beim Militär, in Schulen und in der Justiz stand ihnen offen. Doch weitaus staatstragender war die soziale Gesetzgebung unter der Regentschaft Wilhelms II. Diese Liste ist beeindruckend, wenn auch weitgehend vergessen. Sie soll daher chronologisch aufgezählt und ins Gedächtnis zurückgerufen werden:

1889: Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung für Arbeiter.

1890: Gründung von 31 Versicherungsanstalten, den späteren Landesversicherungsanstalten (LVA); Aufhebung des "Sozialistengesetzes".

1891: Erste Rentenauszahlung an dauernd Erwerbsunfähige und Arbeiter über 70 Jahre; Arbeiterschutzgesetz (Frauenarbeit, eingeschränkte Nachtarbeit, Kinderschutz); Einführung der staatlichen Gewerbeaufsicht; Zulassung freiwilliger Arbeiterausschüsse in Betrieben; Verbot der Sonntagsarbeit in Industrie und Handwerk.

1892: Ausweitung der Krankenversicherungspflicht auf Familienangehörige.

1895: Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe.

1899: Invalidenversicherungsgesetz.

1901: Förderung des Arbeiterwohnbaus.

1905: Arbeiterausschüsse in Bergbaubetrieben werden Pflicht.

1908: Einführung von Höchstarbeitszeit, Verbot von Nacharbeit für Frauen und Jugendliche.

1911: Die weltweit vorbildliche Reichsversicherungsordnung (RVO) tritt in Kraft, das Versicherungsgesetz für Angestellte und das Gesetz zur Regelung der Heimarbeit und Einführung der Hinterbliebenenrente werden eingeführt.

1916: Herabsetzung des Renteneintrittsalters für Arbeiter von 70 auf 65 Jahre und für Frauen auf 60 Jahre.

Die Sozialgesetze sind in einem "Klima des Optimismus" mit dem Glauben an den technischen und wirtschaftlichen Aufstieg bei einem optimalen Bildungssystem formuliert worden. Wenn heute das Rentenalter wieder auf 67 Jahre angehoben wird, deutet das auf ein "Klima des Pessimismus" hin. Die gesellschaftliche Grundstimmung hat sich verändert, ist von einer Vielzahl von Ängsten geprägt, die jeglichen Elan hemmen und nur noch der Flucht in den Hedonismus freie Entfaltung lassen. Die Konzeptlosigkeit wird kaschiert durch das altrömische Rezept: "Brot und Spiele".

Die wichtigste Ideologie der Deutschen, so scheint es, ist die Angst geworden. Man hat Angst vor allem, besonders vor jeder Veränderung und wünscht sich eine geplante statische Welt. Das Ausnutzen von menschlichen Ängsten ist zwar uralt und ein probates Mittel von Herrschaft, doch übertriebene Ängste machen blind und lähmen.

Wir sind, so eine Forsa-Umfrage, ein Volk von Angsthasen, von Hasenfüßen geworden. Wir haben Angst um unsere Arbeitsplätze, die Gesundheit, die Renten, die Staatsverschuldung, die Atomkraft, die Gentechnik, die Feinstaubbelastung, den Rinderwahn und die Vogelgrippe, die Umwelt, das Waldsterben, den Klimawandel ... Wir haben Angst, unendliche, aber vielfach unbegründete, weil es eingeredete und eingebilddete Ängste sind. Verbale Kraftmeierei als Ausdruck von Mutlosigkeit regiert allenthalben!

Das "Geschäft mit der Angst" ist inzwischen zu einem sehr florierenden, wenn auch unproduktiven Industriezweig geworden, der Angstindustrie. Wir amüsieren uns zu Tode, um der Angst zu entrinnen, oder flüchten uns in die Selbstkasteiung. Probleme werden jedoch damit nicht gelöst, insbesondere keine fiktiven, keine eingebildeten.

Noch hat sich die Politik des eigentlichen Problems, ihrer Unfähigkeit, die wirklich realen Probleme zu lösen, nicht angenommen, weil sie selbst Teil des Problems ist und mit Scheinproblemen nur Ablenkungsmanöver startet. Wo ist der Hoffnungsträger, der den "Knoten der Angst" durchschlägt, uns von unnötigen Fesseln befreit? Wenn wir frei würden, um wieder etwas mehr Lebensfreude und Zukunftshoffnung entwickeln zu können, dann sehe es um die Zukunft wesentlich besser aus. Aber diese Stimmung läßt der fatalistisch orientierte Zeitgeist wohl nicht zu.<<

August Bebel warnt im Januar 1889 im deutschen Reichstag vor den Folgen der deutschen Kolonialpolitik in Deutsch-Ostafrika (x239/199): >>... Sitzen wir aber erst an den Fieberküsten Ostafrikas fest, dann werden auch noch ganz andere Forderungen an uns herangetreten; dann wird es vor allen Dingen heißen: Nachdem wir einmal soundso viel Gut und Blut für jene Lande geopfert und aufgewendet haben, ist es ein Gebot der nationalen Ehre, dieselben zu halten; was immer es kosten mag, wir müssen dafür eintreten.

Dann wird in erster Linie notwendig, eine bedeutende Verstärkung der Flotte vorzunehmen; es wird ferner notwendig, eine bedeutende Anzahl von Kolonialtruppen aus deutschen Reichsmitteln zu unterhalten.

Es wird dann heißen: Wir müssen uns derartig in unserer Marine rüsten, daß wir im Falle einer europäischen Krisis nicht nur unsere heimatlichen Küsten, sondern auch unsere Kolonien in fremden Ländern ausreichend schützen und verteidigen können. ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die deutsche Kolonialpolitik (x307/194-196): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. Außerdem mußte Berlin widersprüchliche Verpflichtungen gegenüber seinen Nachbarmächten eingehen. Die Konsequenz war ein Gefühl der nationalen Lähmung, das bei den Wählern gar nicht gut ankam, deren Stimmen über die Zusammensetzung des deutschen Landparlaments entschieden.

Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.

Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. In den Jahren 1884/85 etwa, als die deutsche Regierung versuchte, den imperialistischen Appetit der Bevölkerung zu stillen, indem sie den Erwerb einer bescheidenen Sammlung kolonialer Besitzungen billigte, stieß sie auf eine abweisende Antwort aus Großbritannien. Im Jahr 1886 hatte der Bremer Kaufmann Heinrich Vogelsang Land entlang der Angra-Pequena-Küste im heutigen Namibia gekauft.

Im darauffolgenden Jahre fragte Bismarck offiziell die britische Regierung, ob sie die Absicht habe, Ansprüche auf diese Region zu erheben. Aus London kam eine schroffe Erwiderung, daß Großbritannien nicht gewillt sei, es einem anderen Land zu gestatten, irgendwo in der Region zwischen dem portugiesischen Angola und der britischen Kapkolonie Fuß zu fassen.

Berlin antwortete mit zwei Fragen, um die Lage zu sondieren: Worauf stütze sich der britische Anspruch? Und ob die britischen Behörden es auf sich nähmen, deutsche Siedler in der Region zu beschützen?

Es vergingen Monate, bis Whitehall sich herabließ, eine Antwort zu schicken. Bismarck war über diese herablassende Art verärgert, aber es bestand kein Anlaß, dies persönlich zu nehmen – London verhielt sich 1895/96 genauso abweisend und hochnäsiger, als es mit den Amerikanern wegen des venezolanischen Grenzstreits zu tun hatte. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Sklaverei in Afrika im Jahre 1889 (x814/1.019-1.020): >>(Sklavenstaaten) ... Was die gegenwärtige völkerrechtliche Beurteilung der Sklaverei seitens der zivilisierten Staaten anbetrifft, so ist dieselbe als schlechthin völkerrechtswidrig noch nicht aufzufassen. Wohl aber gilt dies von den Sklavenjagden und von dem Sklavenhandel. Die Abschaffung der Sklaverei in Afrika selbst ist von dem Fürsten Bismarck am 26. Januar 1889 im Reichstag als zur Zeit untunlich bezeichnet worden.

Auf die Beseitigung des afrikanischen Sklavenhandels aber wird nach dem Vorgang Englands auch von Deutschland hingewirkt. Dem sogenannten Quintupelvertrag vom 20. Dezember 1841 war Preußen bereits beigetreten. Dieser von Großbritannien, Österreich, Preußen und Rußland, nicht aber von Frankreich ratifizierte Vertrag statuierte ein wechselseitiges Anhalt- und Durchsuchungsrecht gegenüber den unter den Flaggen der kontrahierenden Staaten fahrenden Schiffen zum Zweck der Unterdrückung des Sklavenhandels und eine Beschlagnahme von Sklavenschiffen in einem bestimmten Meeresgebiet um Afrika herum.

An Stelle Preußens trat am 29. März 1879 das Deutsche Reich in jenen Vertrag ein, und der

Reichstag erteilte am 19. Mai 1879 hierzu die Genehmigung.

Die Kongoakte vom 26. Februar 1885 erklärt aber im Art. 9 folgendes: "Da nach den Grundsätzen des Völkerrechts, wie solche von den Signatarmächten anerkannt werden, der Sklavenhandel verboten ist und die Operationen, welche zu Land oder zur See diesem Handel Sklaven zuführen, ebenfalls als verboten anzusehen sind, so erklären die Mächte, welche in den das konventionelle Kongobecken bildenden Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben oder ausüben werden, daß diese Gebiete weder als Markt noch als Durchgangsstraße für den Handel mit Sklaven, gleichviel welcher Rasse, benutzt werden sollen. Jede dieser Mächte verpflichtet sich zur Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel, um diesem Handel ein Ende zu machen und diejenigen, welche ihm obliegen, zu bestrafen."

Diese Verpflichtung erstreckt sich auf die 14 Staaten, welche die Berliner Generalakte unterzeichnet haben, sowie auf den Kongostaat.

Um aber der Sklavenausfuhr in Ostafrika wirksam zu begegnen, welche namentlich von Sansibar aus auf arabischen Dhaus (Segelschiffe) unter französischer Flagge schwunghaft betrieben wurde, erklärten Deutschland und England am 2. Dezember 1888 für die Küstenlinie des Sultanats von Sansibar den Blockadezustand; doch wurde diese Blockade nur gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial und die Ausfuhr von Sklaven gerichtet. Im Anschluß hieran erklärte auch Portugal für den nördlichen Teil des portugiesischen Gebietes an der Ostküste von Afrika den Blockadezustand. Demnächst schloß sich auch Italien der ostafrikanischen Blockade an. ...<<

Kaiser Wilhelm II. leitet am 1. Mai 1889 Reformen des Schulwesens ein (x056/259): >>...

Mich (hat) der Gedanke beschäftigt, die Schule ... nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch die Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen ... Verhältnisse zu legen haben. ...

Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Überzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten ... widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind, sie muß ... der Jugend zum Bewußtsein bringen, wie Preußens Könige bemüht gewesen sind, ... die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, von den gesetzlichen Reformen Friedrichs des Großen ... bis heute.<<

Das "Militärwochenblatt" vom Juli/August 1889 berichtet über die Stellung des Offiziers in der deutschen Gesellschaft (x056/256): >>>Der Stolz jedes Deutschen ist die Armee, die Blüte des Volkes. Deutschlands Heer – die Elite des Heeres, ist das Offizierskorps. ...

Wenn der Offiziersberuf jetzt nicht mehr wie früher das Monopol des Adels ist, so dürfen doch nur ebenbürtige, nur Ritter vom Geiste und Kavaliere von Erziehung und Gesinnung Mitglieder und Genossen dieses bevorzugten Standes sein. ... Der bürgerliche sowie der adelige Offizier vertreten ... die aristokratische Weltanschauung gegen die demokratische. Der junge Offizier aus bürgerlicher Familie bekundet durch die Wahl des Offiziersberufes, daß er sich zur Aristokratie der Gesinnung rechnet, welche den Offizier beseelen muß. ...

Die ... Gesinnungen (des Offizierstandes) sind: dynastischer Sinn, unbedingte Treue gegen die Person des Monarchen, erhöhter Patriotismus, Erhaltung des Bestehenden, Verteidigung der seinem Schutze anvertrauten Rechte des Königs und Bekämpfung vaterlandsloser, königsfeindlicher Gesinnung. ...

Vor allen anderen ist der Offizier berufen, die Fahne des Königs von Gottes Gnaden voranzutragen. ... Die Stellung als Offizier erfordert ... (die) Mißbilligung ... jener politischen Richtungen, welche das Königtum von Gottes Gnaden bekämpfen oder seine ihm zustehenden Rechte verkürzen möchten.<<

Der Berliner Polizeipräsident schreibt am 22. November 1889 in einem Geheimbericht über

die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung (x239/95): >>Beim Vergleich der heutigen Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung mit der zuletzt vor 2 Jahren geschilderten ergibt sich wiederum eine erhebliche Erweiterung der zwischen der Arbeiterschaft und den übrigen Gesellschaftsklassen entstandenen Kluft.

Die Unzufriedenheit mit ihren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die Anschauung, daß die ebenso notwendige wie mögliche Besserung von den übrigen Klassen nur aus Eigennutz und bösem Willen hintertrieben werde, ... greift auch unter den noch nicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehörenden Arbeitern immer mehr um sich. ...<<

Österreich-Ungarn: Die konservativen, gemäßigten "Alttschechen" werden ab 1889 von den radikalen "Jungtschechen" abgelöst. Gleichzeitig wandern verstärkt tschechische Facharbeiter in die deutsch-böhmischen Industriegebiete und drängen den deutschen Bevölkerungsanteil ständig weiter zurück. Da sich die radikalen Jungtschechen überall gegenüber den gemäßigten Tschechen durchsetzen, herrscht in Böhmen zeitweilig der Ausnahmezustand und es ereignen sich vielfach bürgerkriegsähnliche Zustände.

In Böhmen entwickelt sich außerdem ein erbitterter Sprachenstreit. Als die deutsche Amtssprache vielerorts verboten und durch das Tschechische verdrängt wird, fühlen sich die Deutschen benachteiligt und wehren sich. Erst mit dem sog "Mährischen Ausgleich" (1905) versucht Österreich-Ungarn, eine gerechte Lösung der Sprachen- und Nationalitätenfrage zu erreichen (x054/165).

Die Pazifistin Bertha Freifrau von Suttner (1843-1914, erhält 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis) schreibt im Jahre 1889 in ihrem Buch "Die Waffen nieder!" (x069/94): >>...

Im Zeitalter der Luftfahrzeuge und Giftgase kann man der Gewalt nicht mehr mit Gewalt beikommen. Das bedeutet entweder das Ende der Gewalt oder das Ende der Menschheit.

Rache und immer wieder Rache! Wann nimmt das ein Ende? Wie kann Gerechtigkeit erlangt, wann altes Unrecht gesühnt werden?

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegputzen zu wollen – nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.<<

Adolf Hitler wird im Jahre 1889 in Braunau am Inn geboren. Hitlers Eltern sind der 51jährige österreichische Zollbeamte Alois Hitler (eigentlicher Name: Schicklgruber) und Klara Hitler (geborene Pözl). Hitlers Familienstammbaum kann nie zweifelsfrei ermittelt werden. In der Familie ereignen sich aber nachweislich mehrere Fälle von Inzucht. Hitlers Eltern sind z.B. Blutsverwandte (Onkel und Nichte). Sie dürfen erst mit einer besonderen Erlaubnis der katholischen Kirchenleitung heiraten.

Rußland: Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg berichtet im Jahre 1889 (x233/137):

>>... Die Russifizierung in den baltischen Provinzen und die Verfolgung der lutherischen Pastoren wurden in brutaler Weise fortgesetzt.

Mit Pobedonoszew (Berater des Zaren Alexander III.) hatte ich manches interessante Gespräch; er verhehlte mir nicht, daß er mit kaltem Blute, ohne religiösen Fanatismus, die Einheit der Kirche im ganzen Reich anstrebt. "Wer vom orthodoxen Glauben abfällt", sagte er oft, "hört auf, Russe zu sein, nicht nur in seinem Denken und Handeln, sondern sogar in der Lebensweise und Kleidung".<<

Frankreich: Ab 1889 finanziert Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).

Kriegsminister Boulanger wird im Jahre 1889 gestürzt und muß ins Ausland fliehen.

USA: Der US-Stahlindustrielle Andrew Carnegie (1835-1919) erläutert im Jahre 1889 die Vorteile von monopolartigen Großunternehmen (x149/54): >>Das Gesetz des Wettbewerbs ...

mag zwar für den einzelnen gelegentlich hart sein, für die Menschheit ist es jedoch zum Besten, weil es auf jedem Gebiet das Überleben der Tüchtigsten sicherstellt.

Daher akzeptieren und begrüßen wir große Ungleichheit der Lebensbedingungen, die Konzen-

tration von Industrie und Handel in den Händen von wenigen und das Gesetz des freien Wettbewerbs zwischen ihnen, ... da sie für den künftigen Fortschritt der Menschheit nicht nur günstig, sondern notwendig sind. ...

Der Sozialist oder Anarchist, der die gegenwärtigen Verhältnisse umstürzen will, greift in Wirklichkeit die Grundlage der Zivilisation überhaupt an ...<<

Japan: Im Jahre 1889 erhält Japan eine neue Verfassung und wird von einem mittelalterlichen Lehnsstaat in einen modernen Beamtenstaat (nach dem preußischen Vorbild) umgewandelt. Das Heer wird nach deutschem System aufgestellt und die Flotte nach dem britischen Muster errichtet. Damals werden in Japan zahlreiche europäische Wissenschaftler, Handwerker und Offiziere beschäftigt, um das Land zu modernisieren.

In Japan gibt es damals naturgemäß auch kritische Stimmen (x069/81): >>Trotz der berühmten westlichen Freiheit ist die echte Individualität dort durch die Suche nach Reichtum zerstört; Glück und Frohsinn werden dem unstillbaren Wunsch, immer mehr zu besitzen, geopfert. Der Westen rühmt sich, sich vom mittelalterlichen Aberglauben gelöst zu haben; aber was ist denn dieser Götzenkult des Reichtums, der an dessen Stelle getreten ist?

Die gegenwärtige Aufgabe Asiens besteht darin, die asiatischen Sitten zu wahren und wiederzubeleben. Aber um das zu tun, muß es sich zunächst selbst erkennen und sich seiner Eigenart bewußt werden, denn die Schatten der Vergangenheit sind die Verheißung der Zukunft.<<

1890

Es gibt nur eine Regel unter Amerikanern: Die Werkzeuge denen, die damit umgehen können.

Andrew Carnegie (1835-1919, nordamerikanischer Unternehmer)

Deutsches Reich: Im Januar 1890 lehnt der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes (zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung) ab.

Kaiser Wilhelm II erläßt Anfang Februar 1890, ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers, ein sozialpolitisches Programm zum Schutz der Arbeiter (x239/161): >>(Wenn berechtigte Forderungen der Arbeiter) nicht berücksichtigt werden, ... verwandeln (sie) sich durch den Einfluß der Anarchisten und Sozialisten bis in das Maßlose und Unangemessene. ...

Man kann das an der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung sehen, mit jedem Jahr steigen die Forderungen. Wartet man länger, dann wird man auch beim besten Willen nicht in der Lage sein, diese Wünsche mehr zu erfüllen. ...

Nichtsdestoweniger kann noch viel in Deutschland zum Schutze der Arbeiter geschehen, nämlich

I. Das Verbot der Sonntagsarbeit, soweit sie nicht wie z.B. bei Hüttenwerken ... unumgänglich notwendig ist.

II. Das unbedingte Verbot der Nacharbeit und der Arbeit unter der Erde für Frauen und Kinder.

III. Ein Verbot der Frauenarbeit während der letzten drei Wochen der Schwangerschaft und der ersten drei Wochen nach der Entbindung.

IV. Eine Unterbrechung der Frauenarbeit während des Tages zur Besorgung häuslicher Geschäfte. ...

VI. Die Einschränkung der Arbeit von Kindern bis zum 14. Jahre als Regel, jedoch unter Zulassung von Ausnahmen. ...

Zu der Herstellung des sozialen Friedens ... würde es erheblich beitragen, wenn die sogenannten Fabrikordnungen ... nicht einseitig von den Arbeitgebern, sondern in Gemeinschaft mit Vertretern (Arbeiter-Ausschüssen) vereinbart würden. ...<<

Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzt, wird Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bis-

marcks eigenmächtigen Führungsstil ("Vormundschaft des Alten") nicht länger zu akzeptieren.

Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee (1832-1904, maßgeblich am Sturz Bismarcks beteiligt) schreibt im Jahre 1890 (x056/276): >>In der Arbeiterfrage ist der Kaiser empört, daß der Kanzler (Bismarck) mit ruhigem Blute die Armee mißbrauchen will, um auf die Arbeiter zu schießen, und meint, der Kanzler wolle ihm auch hier den Ruhm, aus der Hand nehmen. Eigentlich ist es unglaublich, daß er noch mit einem Mann zusammenwirken will, dem er zutraut, nur aus Eifersucht um seines Ruhmes willen Blutbäder herbeizuführen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die "Arbeiterfrage" in Deutschland (x801/750-751,753): >>Arbeiterfrage.

In der Arbeiterfrage wird das Wort Arbeiter (welches sprachlich eine Person bedeutet, die ihre Kraft veräußert, um einen Wert hervorzubringen) in einem engeren Sinn gebraucht. Es bezeichnet hier nur Lohnarbeiter und von diesen auch nur einen Teil. Die Arbeiterfrage, eine Lohnarbeiterfrage, bezieht sich nur auf diejenigen Lohnarbeiter, welche als solche in gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen ihren Erwerb suchen.

Sie ist ein soziales Problem, doch nicht das einzige soziale Problem, das heute existiert. Man nennt sie aber häufig die soziale Frage schlechthin, weil sie unter den vielen sozialen Fragen der Gegenwart weitaus die wichtigste und bedeutsamste ist.

Soziale Probleme sind Aufgaben für den Staat und die Gesellschaft zur Besserung ungenügender Zustände ganzer Gesellschaftsklassen, welche ebensolchen Umfang angenommen haben, daß zur Beseitigung der Mißstände die Kraft der Einzelnen (der Individuen bzw. der betreffenden Klasse) nicht mehr hinreicht, sondern dazu die Mitwirkung der Gesellschaft und des Staates notwendig ist.

Ein soziales Problem entsteht erst dadurch, daß die tatsächlichen Zustände der Gesellschaft in Widerspruch geraten mit einem Gesellschaftsideal, mit einem Zustand, wie er nach der idealen und sittlichen Anschauung sein sollte, und daß man allgemein zu der Überzeugung gelangt ist, daß Staat und Gesellschaft die Möglichkeit und die Pflicht haben, diesen Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen dem, was sein sollte, und dem, was ist, zu heben. Soziale Probleme können deshalb doppelten Ursprungs sein.

Sie können einerseits entstehen dadurch, daß die tatsächlichen Zustände sich gegen früher verschlechtert haben. Sie können aber auch andererseits entstehen, ohne daß eine solche Verschlechterung eingetreten, lediglich dadurch, daß ein Volk sich höhere Gesellschaftsideale stellt als früher. Unter dieser Voraussetzung können sie sich auch dann bilden, wenn die tatsächlichen Zustände bessere geworden sind. Die Arbeiterfrage gehört zu den Problemen der letzteren Art.

Die Arbeiterfrage hat zu ihrem Gegenstand die Lage der vorerwähnten Lohnarbeiter in ökonomischer, moralischer und sozialer Hinsicht. Diese Lage zeigt zahlreiche Mißstände, die im Widerspruch stehen einerseits mit den Anforderungen, welche vom Standpunkt der Moral und Humanität an das Leben der Einzelnen gestellt werden, und mit den Rechten, welche der moderne Staat als Grundrechte der Persönlichkeit anerkennt, insbesondere mit dem Prinzip der persönlichen Freiheit und Gleichberechtigung, andererseits mit den kulturellen Aufgaben und Zielen des modernen Kulturstaates.

Die Arbeiterfrage ist die Frage der Lösung dieses Widerspruchs, der Beseitigung dieses Mißverhältnisses, mit anderen Worten die Frage der Verwirklichung der Forderungen der Moral, der Humanität, der Gerechtigkeit, der Sittlichkeit für diesen großen Teil des Volkes, den sogenannten vierten Stand.

Es handelt sich hier im einzelnen um eine Reihe positiver Anforderungen an die Ausbildung, den Arbeitsvertrag, die Art der Beschäftigung, die Arbeitszeit, die persönliche Stellung zum Arbeitgeber, an das Einkommen, die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, das Familienle-

ben, an die Sicherung und Versicherung gegen Unglücksfälle, an die moralische, religiöse, soziale und politische Existenz dieser Klassen.

Die Arbeiterfrage ist daher nicht nur eine Lohn- oder Einkommensfrage, sondern eine Frage viel allgemeinerer, viel komplizierterer Art, und sie ist auch nicht bloß eine ökonomische, sondern zugleich eine sittlich-religiöse und eine politische Frage. Die Besserung von Arbeiterzuständen ist auch schon vor dem 19. Jahrhundert Gegenstand sozialer Probleme gewesen. Aber das, was man heute unter der Arbeiterfrage begreift, wenn von ihr schlechthin die Rede ist, ist doch erst eine Erscheinung, ein Problem des 19. Jahrhunderts.

Für die richtige Würdigung dieser Arbeiterfrage ist wesentlich, daß sie ihren besonderen Entstehungsgrund und Inhalt hat einerseits in Übelständen, die erst im letzten Jahrhundert durch die gegen früher völlig veränderten rechtlichen und technischen Verhältnisse der Volkswirtschaft hervorgerufen wurden, anderseits darin, daß die heutigen Kulturstaaten und ihre Gesellschaft sich viel höhere Aufgaben für die Verbesserung des Loses der unteren Volksklassen stellen, als es früher geschah, daß man diese Klassen auf eine viel höhere Stufe der Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung erheben will, als sie früher erstrebt wurde.

Das Auftreten der Arbeiterfrage in unserem Jahrhundert ist daher nicht ein Zeichen des Rückschritts, nicht ein Beweis dafür, daß die Lage der Lohnarbeiter gegen früher eine schlechtere geworden (ist), sondern im Gegenteil ein Zeichen des Fortschritts, ein Beweis dafür, daß die Völker, bei denen die Arbeiterfrage eine brennende Tagesfrage ist, bewußt eine höhere Kulturstufe erreichen wollen, daß ihr Rechtsbewußtsein, ihre humanen und sittlichen Anschauungen, ihre sittlichen Bestrebungen höhere geworden sind.

Die Arbeiterfrage gehört zu den schwierigsten Problemen, die je Völker in der Geschichte sich gestellt haben. Es kann daher nicht wundernehmen, daß die Ansichten über das Maß des Berechtigten und Erreichbaren und über den Weg zu diesem Ziel weit auseinander gingen und gehen. Und in der Tat zahllos sind die Vorschläge zur Lösung der Arbeiterfrage, und die Literatur, in der die widersprechendsten Ansichten entwickelt sind, füllt eine große Bibliothek. ... Das hauptsächlich unterscheidende Kriterium für die verschiedenen Richtungen ist weniger die Ansicht über das berechnete und erreichbare Ziel als die Stellung des Staates zur Lösung der Frage, das Verhalten der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung zur Hebung der Mißstände. ...<<

>>... Die Arbeiterfrage ist materiell ein nach Lohnklassen verschiedenes Problem. Man kann in dieser Hinsicht insbesondere drei Gruppen von Lohnarbeitern und danach auch drei verschiedene Arbeiterfragen unterscheiden:

- 1) Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die landwirtschaftliche Arbeiterfrage. Eine solche Arbeiterfrage existiert in Deutschland wesentlich nur für die Lohnarbeiter auf großen Gütern und in Gegenden, wo diese weitaus überwiegen.
- 2) Die Lohnarbeiter im Kleingewerbe, die Handwerksgehilfen. Die Verhältnisse dieser Arbeiterklasse sind nur in einem geringen Grad Anlaß und Gegenstand eines sozialen Problems; die Gesellenfrage tritt an Inhalt und Bedeutung weit hinter die beiden anderen zurück.
- 3) Die Lohnarbeiter in großen gewerblichen, insbesondere industriellen, Unternehmungen, die sog. industrielle Arbeiterfrage. Sie umfaßt die eigentlichen Fabrikarbeiter, die hausindustriellen Arbeiter, die Lohnarbeiter in größeren Handwerksunternehmungen, in Berg- und Hüttenwerken und Salinen. Die industrielle Arbeiterfrage und die Gesellenfrage werden auch zusammen als gewerbliche Arbeiterfrage bezeichnet. ...<<

Bismarcks Rücktritt

Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. (fast unehrenhaft) entlassen.



Abb. 45 (x145/153): Als 1890 Kaiser Wilhelm II. den Reichskanzler Bismarck entließ, veröffentlichte die englische Zeitung "Punch" diese Karikatur "Der Lotse geht von Bord".

Otto von Bismarck schreibt später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für

meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...

Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<

Der Diplomat Friedrich von Holstein (1837-1909, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, sog. "graue Eminenz" und einflußreicher Intrigant) wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem als Vortragender Rat im Auswärtigen die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflusste (x069/89).

Bismarck schreibt in seinen Erinnerungen über die spätere "Personalpolitik" des deutschen Kaisers (x237/200): >>Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Ratgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst Friedrich der Große nicht genügen würde, obschon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit schwieriger war wie heute. ...<<

Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh (im Sachsenwald bei Hamburg) zurück.

Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis.

Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.

Bismarck sagt später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Otto von Bismarck (x802/981-985): >>Bismarck, Otto Eduard Leopold, Fürst, Kanzler des Deutschen Reiches und preußischer Ministerpräsident, geboren am 1. April 1815 auf dem Familiengut Schönhausen in der Altmark aus einer altadligen Familie, welche schon im 13. Jahrhundert in dem Städtchen Bismark angesessen und von da nach dem benachbarten Stendal übergesiedelt war.

Rule (Rudolf) von Bismarck wird 1309 als Altmeister der Gewandschneidergilde von Stendal erwähnt; dessen Sohn Klaus zeichnete sich im Dienste des Erzbischofs ... von Magdeburg und des Markgrafen ... von Brandenburg aus und wurde von letzterem 1345 mit der Herrschaft Burgstall belehnt. ...

Bismarcks Vater Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck (geboren am 13. November 1771, gestorben 1845) nahm als Rittmeister seine Entlassung aus der preußischen Armee, um seine Güter Schönhausen sowie Kniephof, Külz und Jarchelin in Pommern zu bewirtschaften; er vermählte sich 1806 mit Luise Wilhelmine Mencken, der Tochter des Kabinettsrates Mencken, einer schönen, geistig bedeutenden Frau (gestorben 1839), der Ehe entsprossen sechs Kinder, von denen Bismarck das vierte war, und von denen außer diesem nur noch ein älterer Bruder, Bernhard, Landrat in Naugard, und eine jüngere Schwester, Malwine, Gemahlin des Kammerherrn von Arnim-Kröchelndorf, am Leben sind.

Otto von Bismarck besuchte zuerst 1821-27 die Plamansche Erziehungsanstalt, 1827-30 das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und 1830-32 das Graue Kloster in Berlin und bezog Ostern 1832 die Universität Göttingen, wo er drei Semester zwar das Studentenleben gründlich genoß und dem juristischen Fachstudium wenig Zeit widmete, aber doch mit lebhaftem Geist seine Kenntnisse und seine Anschauungen bereicherte.

Nachdem er in Berlin eifrige Privatstudien ... absolviert hatte, bestand er Ostern 1835 das Auskultatorexamen (Gerichtsreferendarexamen) und arbeitete am Berliner Stadtgericht, bis er 1836 zur Verwaltung überging und nach Aachen versetzt wurde.

Nachdem er das zweite juristische Examen gemacht, wurde er 1837 als Referendar bei der Potsdamer Regierung beschäftigt und trat Ostern 1838 bei dem Gardejägerbataillon als Einjährig-Freiwilliger ein, ließ sich aber im Herbst zum 2. Jägerbataillon nach Greifswald versetzen, um zugleich in Eldena Landwirtschaft zu studieren. Denn da sich sein Vater nach dem Tode der Mutter (1. Januar 1839) nach Schönhausen zurückzog, sollte er mit seinem Bruder Bernhard gemeinschaftlich die Verwaltung der etwas in Verfall geratenen und verschuldeten pommerschen Güter übernehmen.

Als der Vater am 22. November 1845 starb, erhielt (Otto von Bismarck) ... Kniephof und das durch den Verkauf der größeren Hälfte sehr verkleinerte Gut Schönhausen, wo er fortan seinen Wohnsitz nahm und zum Deichhauptmann und zum Abgeordneten in den sächsischen Provinziallandtag gewählt wurde. In dieser letzteren Eigenschaft wurde er auch 1847 Mitglied des Vereinigten Landtages.

Auch Bismarck erkannte, daß Preußen den wichtigen Schritt, sich eine freiere politische Verfassung zu geben, tun müsse. Indes war bei ihm der altpreußische Patriotismus doch das vorherrschende Gefühl, und dem gab er am 17. Mai bei seinem ersten Auftreten in einer parlamentarischen Versammlung entschiedenen Ausdruck, indem er gegen die liberale Behauptung, daß politische Freiheit das Ziel der Befreiungskriege 1813-1815 gewesen sei, Einspruch erhob und unter dem Murren der Versammelten nur die Befreiung von der Fremdherrschaft als Beweggrund des Volkes gelten lassen wollte.

Auch bei anderen Gelegenheiten trat er den landläufigen liberalen Ansichten und Forderungen mit keckem Übermut entgegen, indem er die unabhängige Stellung des Königtums und die Freiwilligkeit seiner Zugeständnisse wahrte, sich gegen die Zulassung von Juden zu öffentlichen Ämtern erklärte und dabei bekannte, daß er allerdings der von den Liberalen als finster und mittelalterlich bezeichneten Richtung angehöre, dem großen Haufen, der noch an Vorurteilen klebe.

Den hierdurch erworbenen Ruf eines ultrakonservativen Junkers befestigte er noch durch sein Auftreten in der zweiten Session des Vereinigten Landtages im April 1848, wo er, die Niederlage des preußischen Königtums und der bisher herrschenden Stände beklagend, gegen die vom Landtag beschlossene Dankadresse stimmte, und durch manche Äußerungen seines Ingrimms gegen das damalige Treiben in Berlin, wie die, "daß die großen Städte als Herde der Revolutionen vom Erdboden vertilgt werden müßten".

Er wurde daher auch erst nach dem politischen Umschwung Ende 1848 in die Zweite Kammer gewählt, welche 1849 zusammentrat. Auch hier opponierte er sowohl den demokratischen als den nationaldeutschen Tendenzen. Die 1849 beschlossene Reichsverfassung ließ nach seiner Meinung der Monarchie zu geringe Macht; wenn es sich nicht selbst gefährden wollte, müßte Preußen den Deutschen befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, und dazu sich erst durch Wiederherstellung eines starken Königtums, innerer Eintracht und kräftiger Wehrfähigkeit tüchtig machen, bis dahin aber mit Österreich in Gemeinschaft handeln.

Er bekämpfte daher auch die Radowitzsche Unionspolitik im Erfurter Parlament und verteidigte am 3. Dezember 1850 in der preußischen Zweiten Kammer sogar die Olmützer Übereinkunft. Die Bildung einer starken königstreuen Partei war sein Hauptziel, welches er auch

durch Beteiligung an der "Kreuzzeitung" zu fördern bemüht war.

König Friedrich Wilhelm IV., der Bismarck persönlich schätzte und seine politischen Verdienste würdigte, ernannte ihn im Mai 1851 zum Legationsrat bei der Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt am Main und am 18. August zum Bundestagsgesandten. Hier lernte Bismarck die Kläglichkeit und Unverbesserlichkeit des Deutschen Bundes kennen, die kleinliche Engherzigkeit, die Eifersucht, die Angst und Feigheit der Mittel- und Kleinstaaten und die ränkevolle, hinterlistige Politik ... Österreichs, wie es Fürst Felix Schwarzenberg wiederhergestellt hatte, und erkannte, daß Preußen bei ihnen nie auf treue, aufrichtige Freundschaft rechnen könne, daß es seine deutschen Bundesgenossen aber auch nicht zu fürchten habe.

In der Tat bewies die Achtung, die der junge, unerfahrene Diplomat sich selbst bei dem hochmütigen österreichischen Präsidialgesandten erzwang, daß Preußen eine ganz andere Stellung in Deutschland einnehmen könne, wenn es wolle, und Bismarck faßte in Frankfurt zuerst den Gedanken eines Zollvereinsparlaments und der Wiederaufnahme von Preußens hegemonischen Bestrebungen.

Bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes zeigte er sich gegen die kleineren Staaten sehr loyal und erwarb sich das Vertrauen der Fürsten. Die Bestimmungen derselben verteidigte er im konstituierenden Reichstag 1867 mit großem Eifer und meist mit Erfolg, namentlich das allgemeine, direkte Wahlrecht für den Reichstag und die alleinige Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers.

Der Welt gab er in der Luxemburger Frage 1867 einen unzweideutigen Beweis seiner Friedfertigkeit; er sah wohl den Krieg mit Frankreich voraus, das ihn fortwährend mit Anträgen eines Bündnisses und gemeinschaftlicher Annexionen behelligte, die er nicht annahm und nicht ablehnte, wollte aber jede Möglichkeit wahrnehmen, einen so blutigen Kampf zu vermeiden. Um Napoleon jeden Vorwand zu entziehen, vermied er auch alles, was den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund beschleunigen konnte; selbst als sein Versuch mit dem Zollparlament 1868 scheiterte, übte er keinen Druck auf dieselben aus.

Es gelang ihm so, wirklich den Krieg hinauszuschieben und die Ungeduld der französischen Politiker so zu reizen, daß dieselben endlich die spanische Thronkandidatur zum Vorwand einer Kriegserklärung nahmen, sich dadurch als Angreifer ins Unrecht setzten und sich ihrer Allianzen beraubten. Durch seine Enthüllungen über Napoleons Absichten auf Belgien in seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1870 machte er die öffentliche Meinung in England Frankreich abspenstig.

Er begleitete wiederum den König in den Krieg und leitete die auswärtige Politik vom Hauptquartier aus. Zur rechten Zeit verkündete er in den Rundschreiben vom 13. und 16. September die Absicht und das Recht Deutschlands, sich gegen künftige französische Angriffe durch Verlegung der schutzlosen süddeutschen Grenze nach Westen und den Besitz der eroberten Rhein- und Moselfestungen zu sichern, und hütete sich wohl, den nationalen Standpunkt in seinen Verhandlungen mit den Franzosen über Gebühr zu betonen.

Fremde Einmischung in die Friedensverhandlungen wehrte er mit dem Hinweis ab, daß Deutschland den Krieg allein ausgekämpft, also auch das Recht habe, den Frieden allein abzuschließen. Die Verträge über den Eintritt der süddeutschen Staaten in das Deutsche Reich brachte er in Versailles zum Abschluß und scheute sich nicht, Bayern beträchtliche besondere Zugeständnisse zu machen. Den Frieden von Frankfurt am Main vom 10. Mai 1871 schloß er persönlich ab.

Mit der Errichtung des Deutschen Reiches wurde er zum Reichskanzler ernannt, am 21. März 1871 in den Fürstenstand erhoben und ihm eine große Domäne in Lauenburg mit dem Sachsenwald geschenkt.

Den neuerworbenen Reichslanden Elsaß-Lothringen wendete er seine besondere Fürsorge zu, und alle diese betreffenden Maßregeln sind auf seine eigene Anregung erfolgt und von ihm

selbst im Reichstag verteidigt worden.

Hauptsächlich aber wurden seine Kräfte nach dem deutsch-französischen Krieg von dem Kulturkampf in Anspruch genommen, den er mit der ganzen ihm eigentümlichen Kraft und Energie führte, sobald die Zentrumsparlei ihn durch Mobilmachung aller reichsfeindlichen Elemente unter klerikaler Fahne eröffnet hatte. In den ersten Jahren trat er im Landtag mit mehreren bedeutenden Reden für die Sicherung des Staates gegen die päpstliche Anmaßung ein, zog sich freilich auch dadurch die heftigsten Angriffe seitens der Ultramontanen zu; am 13. Juli 1874 ... (verübte) sogar ein fanatisierter Böttchergeselle, Kullmann, in Kissingen einen Mordanfall auf ihn.

Die ungeheure Last der Geschäfte, die auf ihn drückte, die aufreibende Tätigkeit der früheren Jahre, die unaufhörlichen Anfeindungen, welche er auch von seiten früherer Parteigenossen erfuhr, seit er sich auf die Liberalen im Parlament stützte, ... erschütterten seine Gesundheit so, daß er sich am 21. November 1872 bis 10. November 1873 vom preußischen Ministerpräsidium entbinden und 1878 eine geregelte Stellvertretung einsetzen ließ. Wiederholt bat er um seine Entlassung, die der König aber nicht bewilligte, da er sich nicht von ihm trennen zu wollen erklärte. Seine Aufenthalte in Varzin und Friedrichsruh zur Erholung dehnten sich daher oft auf mehrere Monate aus; im Sommer ... (nutzte) er meist in Kissingen die Kur.

Sein unermüdlicher Geist schuf sich immer neue Aufgaben zur Verwirklichung seines Zieles, der Macht und Größe seines Vaterlandes, so das Reichseisenbahnprojekt, nach dessen Scheitern er den Ankauf der Bahnen in Preußen durch den Staat durchsetzte, und 1879 die neue Zoll- und Wirtschaftspolitik, in deren weiterer Verfolgung er mit den Nationalliberalen brach, worauf er, um die Ultramontanen zu gewinnen, den Kulturkampf aufhören ließ; auch übernahm er der wirtschaftlichen Reformen wegen das preußische Handelsministerium.

An die neue Zollgesetzgebung, welche die Einnahmen des Reiches steigerte und manche Zweige der Industrie hob, schlossen sich soziale Reformen, welche durch Befriedigung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes denselben vor dem verderblichen Einfluß der Sozialdemokratie bewahren sollten.

Bismarck stieß hierbei allerdings auf Opposition bei den Liberalen. Er trug kein Bedenken, deren Schwächung und Spaltung zu befördern, ohne daß es ihm jedoch gelang, eine konservative Mehrheit im Reichstag zustande zu bringen. Wegen der schroff oppositionellen Haltung der Fortschrittspartei mußte Bismarck sich daher auf das Zentrum stützen und diesem in dem kirchlichen Streit manche Zugeständnisse machen. Nur mit Mühe und nach langen Verhandlungen wurden das Krankenkassengesetz und das Unfallversicherungsgesetz im Reichstag angenommen, das Tabakmonopol aber abgelehnt.

Die auswärtige Politik leitete Bismarck nach wie vor mit gewohnter Meisterschaft, so daß ihm die Nation in dieser Beziehung unbedingtes Vertrauen schenkte. Erhaltung des Friedens war sein Ziel, und während des russisch-türkischen Krieges waren seine Bemühungen mit Erfolg darauf gerichtet und wurden dadurch anerkannt, daß Berlin 1878 zum Sitz des Friedenskongresses und Bismarck zum Präsidenten desselben erwählt wurde.

Von Rußland wendete er sich mehr und mehr ab und Österreich zu, mit dem er im September 1879 ein Schutzbündnis schloß. Dasselbe führte zu einer dauernden gemeinschaftlichen Aktion Deutschlands und Österreichs und wurde 1883 erneuert. Es befestigte sich so, daß auch Italien sich ihm anschloß und Rußland seine Eifersucht unterdrückte.

Selbst das Verhältnis zu Frankreich wußte Bismarck durch weise Mäßigung zeitweilig freundlicher zu gestalten.

Gestützt auf das gute Verhältnis des Deutschen Reiches zu den Kontinentalmächten, unternahm es Bismarck 1884, deutsche Kolonien zu erwerben; den Widerstand Englands wußte er mit großer diplomatischer Kunst zu beseitigen. Schwieriger war es, die klerikal-fortschrittliche Opposition gegen die Kolonialpolitik und den Plan, Dampferlinien nach den fremden

Erdteilen zu subventionieren, im Reichstag zu überwinden.

Um so mehr Beifall fand die erfolgreiche Tätigkeit Bismarcks auch auf diesem Gebiet bei den Mächten, wie der Verlauf der von Bismarck nach Berlin berufenen Kongokonferenz bewies, und bei dem deutschen Volk.

In seiner Gesundheit durch eine glückliche Kur gekräftigt, hielt Bismarck 1885 im Reichstag mehrere Reden über seine auswärtige und Kolonialpolitik, die im Volk einen mächtigen Widerhall hervorriefen. Der 70jährige Geburtstag Bismarcks wurde daher am 1. April 1885 unter glänzenden Ovationen aus allen Teilen Deutschlands und allen Schichten der Bevölkerung gefeiert; der Tag gestaltete sich zu einem allgemeinen Volksfest. Aus den reichen Erträgen der "Bismarckspende" wurde dem Reichskanzler das 1830 der Familie verloren gegangene Hauptgut Schönhausen geschenkt.

Bismarck ist von hohem Wuchse; sein markiger Körperbau, die hohe Stirn, die scharf ausgeprägten Gesichtszüge, der lebhaftige Blick seiner unter den buschigen Brauen stark hervortretenden Augen lassen auch äußerlich die geist- und kraftvolle Persönlichkeit erkennen. Durch ritterliche Übungen hat er von Jugend auf seinen Körper gestählt; Reiten und Jagen waren stets seine liebste Erholung.

Die körperlichen und geistigen Kräfte sind seinem Willen untertan; auch in den Momenten der größten Erregung erscheint er ruhig und kalt, sein tiefes Gefühl und die Leidenschaftlichkeit seiner starken Natur kommen nur selten zum Durchbruch.

Als Redner hat Bismarck mit der Überfülle der ihm zuströmenden Gedanken zu kämpfen, oft scheint er in der Rede zu stocken, weil er sorgfältig abwägend die Worte auswählt, welche seinen Gedanken den genauesten Ausdruck geben und nicht mehr sagen, als er sagen will; deshalb machen seine Reden auf den Lesenden noch größeren Eindruck als auf den, der sie hört. Ihre Wirkung reicht durch die Kraft der Gedanken und die oft durch den frischesten Humor gewürzte Anschaulichkeit der Darstellung weit über den Kreis hinaus, an den sie zunächst gerichtet ist.

Bismarcks Gemahlin, Fürstin Johanna von Bismarck, geborene von Puttkamer, ist am 11. April 1824 geboren. Der am 28. Juli 1847 geschlossenen Ehe sind drei Kinder entsprossen: Gräfin Marie, geboren am 21. August 1848, seit 1878 vermählt mit dem Legationsrat Grafen Rantzau; Graf Herbert, geboren am 28. Dezember 1849, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und oft zu wichtigen diplomatischen Sendungen verwendet, Mitglied des Reichstages, und Graf Wilhelm, geboren am 1. August 1852, Landrat in Hanau. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Ludwig Reiners (1896-1957) schreibt später über die politischen Ziele Bismarcks (x290/528): >>... Bismarcks Ziel war in den ersten 8 Jahren die allmähliche Umwandlung des losen deutschen Bundes in ein festeres Machtgebilde, das den Deutschen mehr Sicherheit bot, als sie in den letzten Jahrhunderten genossen hatten. In den folgenden 20 Jahren war sein Ziel die Sicherung des europäischen Friedens.

Zu seinen Mitteln hat oft die Täuschung seiner Gegenspieler gehört, denn ohne sie hätte er sein Ziel nicht erreichen können; aber er hat sie seltener benötigt als viele andere Staatsmänner seiner Zeit. Um berechtigte Forderungen durchzusetzen, hat er wiederholt, wenn die friedlichen Mittel erschöpft waren, Gewalt angedroht, aber oft ihre Anwendung nicht benötigt.

In den 3 Fällen, in denen sie zur Anwendung kam, war es zweimal – 1864 und 1870 – auch nach dem Urteil Europas – die Schuld seiner Gegner, und auch bei dem dritten Mal, dem Konflikt mit Österreich, wissen wir heute, daß Bismarck vorher nichts unterlassen hatte, um die Einigung Deutschlands ohne Krieg zu erreichen.

Wenn diese beiden Ziele – die Einigung Deutschlands und der europäische Friede – erreicht werden sollten, so benötigte die Natur in dieser unzulänglichen Welt einen Mann von großer Härte! Aus weicherem Holz hätte sie ihn nicht schnitzen können.<<

Max Weber (1864-1920, Nationalökonom und Soziologe, gilt als Begründer der Religions-

und Wissenschaftssoziologie) schreibt später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204):
>>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.

Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn diese Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<

>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schreibt später über Bismarcks politische Lebensleistung (x056/277): >>... Man macht es sich zu leicht, wenn man den Staat Bismarcks deshalb "zeitfremd" nennt, weil er keine "parlamentarische" Regierungsverfassung im Sinn der modernen Demokratie besaß. Der Mehrzahl der Deutschen erschien das damals keineswegs als verlockendes Ideal. ...

Richtig ist aber, daß es Bismarck ganz und gar nicht verstanden hat, die Deutschen zu freudiger und tätiger Mitwirkung am Staatsleben zu erziehen, ... die politischen Überzeugungen seiner Gegner und die Ideale seiner Parteien wirklich ernst zu nehmen. ... Der von ihm entfesselte "Kulturkampf" gegen den politischen Katholizismus und die Polizeiverfolgung der Sozialisten als "Staatsfeinde" gehören zu den traurigsten Erinnerungen deutscher Innenpolitik. Das alles hat für die Entwicklung deutschen Staatslebens ... böse Folgen gehabt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (im Jahre 1998) über Bismarcks Lebensweg (x887/...): >>**Politisches Werden Otto von Bismarcks zum Reichskanzler und aktuelle Bezüge seiner Politik für uns**

Geschichtsbetrachtung und Geschichtsbewußtsein der Deutschen stehen noch immer unter dem Eindruck der tiefgreifenden Kontinuitätsbrüche und Verirrungen ihrer jüngsten Entwicklung. Die Deutschen sind ja nicht nur an sich selbst, an ihrer politischen Aufgabe und an der Zielrichtung ihres staatlichen Lebens irre geworden, sondern auch an ihrer Geschichte.

Die Infragestellung aller gewachsenen Wertvorstellungen, der weitgehende Verlust der geistigen Basis und die Verwirrung in den Fragen der Lebensnotwendigkeiten der Zukunft haben nach 1945 historisch-wissenschaftliche Strömungen entstehen lassen, die von Martin Luther über Friedrich den Großen zu Bismarck und Hitler eine mehr oder weniger gerade Linie sich steigernder Autoritätssucht und Menschenfeindlichkeit bis hin zur Unmenschlichkeit sehen. Und da blinde Kritik seit jeher in ihrer Gefährlichkeit blinder Zustimmung gleichkommt, ver-

bauten diese Strömungen manche Chancen, die katastrophale Niederlage des Jahres 1945 aus den Grundsätzen eigener Erfahrungen zu überwinden.

Es spricht nicht für eine langsame geistige Selbstfindung der Deutschen, daß in den letzten Jahren in der Beurteilung der eigenen Geschichte sich der Selbsthaß gesteigert hat und in vielen Büchern und Artikeln ein angeblicher langer Fehlweg beschworen wird, der nur dadurch gebremst werden könne, daß wir die eigene Geschichte als Volk und Staat freiwillig beenden. In bezug auf Bismarck lese man nur das Buch "Bismarck - Dämon der Deutschen" von Johannes Willms, um diese stärker werdende Tendenz zur maßlosen Selbstverleugnung am Beispiel nachzuvollziehen.

Was war Bismarck wirklich? Was bedeutet er uns noch heute?

"Es ist soviel 'Müssen' in meinem Leben, daß ich selten zum Wollen komme", schrieb Bismarck einmal an seine Schwester. In der Tat ist Bismarcks Lebensweg der Weg eines Mannes, der zum Schaffen und Kämpfen bestimmt war, nicht zum Feiern und zum idyllischen Lebenswandel.

Otto von Bismarck wurde am 1. April 1815 in Schönhausen geboren und wuchs auf in der politischen Atmosphäre eines Hauses, das in seinen Anschauungen von Friedrich dem Großen und den Befreiungskriegen geprägt war.

Politisch trat er zum ersten Male auf dem Vereinigten Landtag von 1847 als Mitglied der Zweiten Kammer hervor. In den Jahren 1851 bis 1859 suchte Otto von Bismarck als preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt vergeblich, Preußens Gleichstellung mit Österreich zur Anerkennung zu bringen und wurde aus einem Freund zum entschiedenen Gegner österreichischer Politik und Anhänger der kleindeutschen Einheitsidee. Nachdem er seit 1. April 1859 preußischer Gesandter in Petersburg und seit Frühjahr 1862 Botschafter in Paris gewesen war, trat er am 24. September 1862 als Minister des Auswärtigen an die Spitze des preußischen Ministeriums.

Während seines Aufenthaltes im Ausland hatte er die Entwicklung in Preußen und Deutschland scharf im Auge behalten und 1861 bereits dem König eine Denkschrift über die Verfassungsfrage überreicht. Im Vollzug seiner Aufgabe, die Heeresorganisation gegenüber dem auf sein Budgetrecht pochenden Landtag zu sichern, führte er den Verfassungskonflikt herbei - das Endziel, die politische Neugestaltung Deutschlands bereits klar im Auge.

Nachdem er sich Rußland durch seine Haltung während des polnischen Aufstandes verpflichtet hatte, vereitelte er den Versuch Österreichs, die deutsche Frage auf dem Frankfurter Fürstentag im August 1863 in seinem Sinne zu lösen. Ohne für seine Politik in der schleswig-holsteinischen Frage, die Preußen 1864 zu dem Erwerb der Elbherzogtümer verhalf, Verständnis im Volke zu finden, führte er im Jahre 1866 den durch den Gasteiner Vertrag nur vertagten Entscheidungskampf mit Österreich herbei. Bismarck schonte im Prager Frieden die süddeutschen Staaten und rundete das preußische Gebiet durch die Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und der freien Stadt Frankfurt in Preußen ab.

In der Gründung des Norddeutschen Bundes gelang es ihm, eine erste Stufe auf dem Wege zur Reichseinheit zu erklimmen. Vorsichtig führte er die mißtrauischen Süddeutschen an den Einheitsgedanken heran - immer im Auge behaltend, daß die bayerische Selbständigkeit durch engere Verbindung zu Preußen nicht "gekränkt" werden dürfe. 1870 nutzte Bismarck den lang heranreifenden Konflikt mit Frankreich, den er durch eine kluge Außenpolitik - und das Glück des Tüchtigen - zu isolieren vermochte, um am 18. Januar 1871 in Versailles, nach erfolgreichem Feldzug unter dem genialen Moltke, das Deutsche Reich neu zu begründen.

Rund 18 Jahre blieben ihm nunmehr als Reichskanzler, um im ständigen Ringen mit dem Reichstag und in fruchtbarer Zusammenarbeit mit Kaiser Wilhelm I. das Reich nach außen und innen fortzuentwickeln und zu festigen.

Natürlich ist Bismarcks Einigungswerk nur aus seiner Zeit heraus zu verstehen und zu deuten.

Und doch, je mehr sich der Interessierte in das Werk Bismarcks vertieft, um so besser wird er erkennen, wie aus und neben dem Zeitgebundenen sich eine Fülle zeitloser politischer Erkenntnisse hervorkehrt.

Eine Beurteilung Golo Manns erweiternd, müssen u.a. genannt werden: Der Staatsmann hat seinem Land nach Umständen zu dienen und nicht nach Meinungen, die oft Vorurteile sind; Deutschland ist nach Geschichte, Kultur und geographischer Lage ein Land der Mitte und nicht des Ostens oder Westens; in der Außenpolitik müssen Realitäten und Lebensvorstellungen anderer Länder akzeptiert werden; übersteigertes politisches und militärisches Prestigebedürfnis kann dem eigenen Staat großen Schaden zufügen; es sind nur Dinge in der Politik wirklich erstrebenswert und rechtfertigen Opfer, die bleibend richtig und notwendig sind; ein Staatsmann, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, muß vorsichtig und ehrlich sein im Gebrauch der Macht, um das Errungene nicht zu gefährden; die Politik ist die "Kunst des Möglichen", im richtigen Augenblick das Richtige zu tun; Politik, die den Völkern wirklich dienen soll, muß die Menschen nehmen wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten.

Die historische Tat Bismarcks, die Einigung Deutschlands, ist aus dieser ebenso realistischen wie verantwortlichen Anschauung der Dinge erwachsen. Bismarck sah die Zukunft Deutschlands nicht in Dualismus und Kleinstaaterie. Er sah sie im modernen, auf dem Nationalitätenprinzip beruhenden Bundesstaat unter preußischer Führung.

Preußen war die richtige Basis für ein solches Ziel, wie Hans Haller in seinem Buch "Epochen der deutschen Geschichte" so treffend schrieb: "Straff zusammengefaßt, auf allen Gebieten vorwärtsstrebend, in seiner Bevölkerung deutsch, an seinen Grenzen mit den eigenen Interessen zugleich die deutschen vertretend, am Niederrhein gegen Frankreich, im Osten gegen Polen und Rußland".

Österreich dagegen war ein Vielvölkerstaat. Seinem "kosmopolitischen" Großmachtstreben fehlte seit langem die Kraft zur Erhaltung der eigenen Substanz. Es konnte in seiner damaligen Form nicht Basis eines neuen Bundesstaates sein. Mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit wandte er sich nach dem Krieg von 1866 gegen Annexionen, die eine dauernde Vergiftung des deutsch-österreichischen Verhältnisses mit sich gebracht hätten.

Als das Reich schließlich errichtet war, betrachtete er es als seine höchste Aufgabe, den Bestand zu wahren. Selbst ein Bismarck gegenüber so kritischer Historiker wie Golo Mann resümiert: "Es war seit 1871 eine Außenpolitik strengsten Maßhaltens, die friedlichste, die vorsichtigste, die je von einer starken Militärmacht geführt wurde. ... Kolonien in Übersee interessierten ihn nicht und konnten ihn als Preußen nicht interessieren. Es war eine aus dem Grunde konservative Politik, die den Krieg, den europäischen Weltkrieg nun über alles fürchtete."

Das Vertrauen, das auch die anderen Mächte in seine Friedenspolitik setzten, überdauerte seine Amts- und seine Lebenszeit und war Grundstock für eine lange Spanne des Friedens in Europa. Sein Reich war ein wesentliches, ein starkes, aber keineswegs ein vorherrschendes Land unter den Staaten des Kontinents.

Doch er ahnte auch die Gefahren, die dem Reich nach seinem Abgang drohten. "Bulgarien, dieses kleine Ländchen zwischen Donau und Balkan", so sagte er 1888 im Reichstag, "ist überhaupt kein Gegenstand von genügender Größe, um daran die Konsequenz zu knüpfen, Europa von Moskau bis zu den Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussagen kann; man würde am Ende eines solchen Krieges gar nicht wissen, warum man sich geschlagen hat."

Ist es von Belang, daß es im Sommer 1914 um Serbien ging und nicht um Bulgarien? Und aus dem Jahre 1898 sind seine Worte überliefert: "Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn es so weiter regiert wird."

1918 brach in der Tat das Deutsche Reich militärisch zusammen, es brachen seine drei großen Stützen, die Dynastien, das Heer und die obrigkeitliche Staatsmacht. Was aber standhielt, war der staatliche Zusammenschluß, das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit trotz Niederlage, Revolution, Gebietsabtretung, Seuchen, Besetzung, Hunger und Not. Erst eine noch einschneidendere Abkehr von den Grundsätzen Bismarckscher Politik brachte uns 1945 aus dem Willen der Sieger die Aufteilung des Reiches, die Auflösung Preußens und die Integration der Restteile in rivalisierende Militärbündnisse.

Wie sagte doch Bismarck vor seinem Tode: "Ich träume weiter was ich wachend denke, wenn ich überhaupt einschlafe. Neulich sah ich die Karte Deutschlands vor mir, darin tauchte ein fauler Fleck nach dem anderen auf und blätterte sich ab."

Hat er in seiner Amtszeit als Reichskanzler für Parteien, Parlament und Presse nur wenig gute Worte gefunden, so zeugte eine Bemerkung doch vom Verständnis Bismarcks: "Für die Zukunft haben wir für eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung, in der Presse und im Parlament zu wirken. Dazu aber ist es notwendig, daß namentlich im Parlament die Meinung des Volkes einheitlicher zum Ausdruck kommt, als sie bisher sich darstellt ..." <<

Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Kaiser Wilhelm II.

Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde. Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich ("in dem die Sonne nicht unterging").

Der ehrgeizige deutsche Kaiser wollte sich nicht länger von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen ("Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser").

Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen (die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899) verschärfen zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.

Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen. Wilhelm II. war ein selbstgefälliger, unentschlossener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte häufig unüberlegte Reden ("markiges Säbelrasseln") und beging im Verlauf seiner Regierungszeit völlig unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt (Serbien) verstrickten.

Friedrich A. von Holstein, inoffizieller Leiter der deutschen Außenpolitik, erklärt 1897 während einer Unterhaltung mit dem britischen Botschafter (x063/458): >>... daß Seine Majestät (Wilhelm II.) als das Kind oder der Narr behandelt werden muß, der er ist ...<<

Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu

übernehmen. Kaiser Wilhelm II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich (die sog. "verspätete Nation") sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen ("Griff nach der Weltmacht").

Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/-237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über den deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x816/636): >>Wilhelm II. Friedrich Viktor Albert, deutscher Kaiser und König von Preußen, geboren am 27. Januar 1859 zu Berlin, ältester Sohn des damaligen Prinzen Friedrich Wilhelm und der Prinzessin Viktoria von Großbritannien, erhielt im Hause seiner Eltern eine sorgfältige Erziehung, wurde am 27. Januar 1869 Leutnant im 1. Garderegiment und besuchte nach seiner Konfirmation (1. September 1874) das Gymnasium in Kassel, wo er am 20. Januar 1877 das Abiturientenexamen machte.

Hierauf lernte er den praktischen Militärdienst beim 1. Garderegiment in Potsdam, studierte 1877-79 in Bonn Staats- und Rechtswissenschaften und übernahm dann als Hauptmann die Führung einer Kompanie des 1. Garderegiments. 1882 wurde er als Major zum Gardehusarenregiment versetzt und wurde bald Oberst und Kommandeur desselben. Gleichzeitig lernte er unter der Leitung des Oberpräsidenten Achenbach den Verwaltungsdienst bei der Potsdamer Regierung kennen.

Der Prinz zeigte für alles großen Eifer und lebhaften Anteil und war trotz einer Schwäche im linken Arm, die durch eine Verletzung des Nervs bei seiner Geburt verursacht wurde, ein trefflicher Reiter und Jäger. 1888 zum Generalmajor und Kommandeur der 1. Gardeinfanteriebrigade befördert, wurde er durch den Tod seines Großvaters Wilhelm I., der ihm besonderes Vertrauen schenkte, und den er als sein Vorbild verehrte, am 9. März 1888 Kronprinz und nach dem frühen Hinscheiden seines Vaters am 15. Juni 1888 deutscher Kaiser und König von Preußen.

Er ergriff das Zepter mit kräftiger Hand, eröffnete den deutschen Reichstag am 25. Juni inmitten aller deutschen Fürsten mit einer schwungvollen Ansprache, in der er seine Friedensliebe betonte, und versprach bei der Eidesleistung im preußischen Landtag am 27. Juni, gleich Friedrich II. der erste Diener des Staates zu sein.

Indem er die von Bismarck bisher angeratene Politik zu der seinigen machte und durch Pflege des Bündnisses mit Österreich und Italien den Frieden zu sichern bemüht war, suchte er das Vertrauen der Mächte zu seiner Politik durch Besuche bei den bedeutendsten Höfen Europas zu befestigen. Zuerst besuchte er 1888 mit einer Kriegsflotte die Höfe von Petersburg, Stockholm und Kopenhagen, dann die süddeutschen Höfe, den Kaiser Franz Joseph und den König von Italien, wo er mit Enthusiasmus in Rom und Neapel aufgenommen wurde, 1889 nach einer Nordlandsreise England, Griechenland, dessen Kronprinz sich im Oktober 1889 mit seiner Schwester Sophie vermählte, und Konstantinopel.

Seinen festen Entschluß, das Gebiet des Deutschen Reiches unvermindert zu behaupten, sprach er mit Nachdruck aus und war eifrig bestrebt, Heer und Flotte in bestem Stand zu erhalten.

Wilhelm II. ist seit 27. Februar 1881 vermählt mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein (geboren am 22. Oktober 1858), Tochter des Herzogs Friedrich von Augustenburg; fünf Söhne sind bereits dieser Ehe entsprossen ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Kaiser Wilhelm II. und Bismarcks Nachfolger (x057/180-181): >>In Wilhelm II. (1859-1941) hatte das Deutsche Reich

einen vielseitig begabten Herrscher, der von redlichstem Willen beseelt war, die Aufgaben des Reiches zu erfüllen. Er erwarb sich große Verdienste um die deutsche Wirtschaft, vor allem aber um Heer und Flotte, und war von Anfang seiner Regierung an bemüht, den Frieden zu erhalten. Aber die allzustarke Neigung, persönlich in den Vordergrund zu treten, sowie die unruhige und überschwengliche Art in seinen Reden und Kundgebungen ließen etwas Unausgeglichenes in seinem Wesen erkennen.

Im Gegensatz zu seinem Großvater vermochte er nicht immer die geeigneten Persönlichkeiten an die leitenden Stellen zu bringen, was ein schwerer Mangel des "neuen Kurses" werden sollte.

Keiner der Nachfolger Bismarcks war der hohen Aufgabe gewachsen, das Erbe des Reichsgründers zu verwalten und zu wahren. Die Reichskanzler General Caprivi (1890-94) und Fürst Hohenlohe (1894-1900) waren im wesentlichen ausführende Organe des kaiserlichen Willens. Unter Fürst Bülow (1900-09) begann die Isolierung Deutschlands, und der langsam abwägende von Bethmann-Hollweg (1909-17) wußte die inneren und äußeren Schwierigkeiten vor und während des Krieges nicht zu meistern.<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über Kaiser Wilhelm II. (x287/166):
>>... Bis heute ist es eine Streiffrage, ob er als Integrationsfigur seine Zeit, die Wilhelminische Epoche, geprägt hat, oder ob er nur Repräsentant seiner Zeit war.

Nicht unbegabt aber infolge eines körperlichen Mangels, wie die Psychohistorie zu betonen nicht ermüdet, unausgeglichen, trieb er die technische Entwicklung voran und förderte die Wissenschaften. 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründet, und auf Wilhelms II. Anregung kam das große Sammelwerk "Die Kultur der Gegenwart" heraus. Wenn es von 1901 bis 1918 achtzehn deutsche Nobelpreisträger in den Gebieten Physik, Chemie und Medizin gab, kann man sogar von einer Blütezeit der deutschen Wissenschaft sprechen.

Trotz alledem bedeutete die Unreife des ... Kaisers für ihn selber und seine Umgebung ein Problem. Der seit seiner Geburt verkrüppelte linke Arm verursachte Minderwertigkeitskomplexe, welche durch ein forciertes Selbstbewußtsein kompensiert wurden. Seiner Friedensliebe und grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg schienen seine Vorliebe für die Gardehusarenuniform und sein Imponiergehabe zu widersprechen.

Während sein Großvater noch preußischer König gewesen war und mit seiner Skepsis gegenüber dem Kaisertum schließlich recht behalten sollte, wandte sich der Enkel der imperialen Kaiseridee zu; er, der weder ein Friedenskaisertum durchzuhalten vermochte noch ein parlamentarisches Volkskaisertum ernsthaft zu begründen versuchte, trug mit seiner Einmischung in die Außenpolitik, seiner unüberlegten Redefreudigkeit, mit seinen Ansprüchen auf die Weltgeltung des Deutschen Reiches, kurzum mit seinem persönlichen Regiment zur Selbstzerstörung der Monarchie bei. ...<<

Wilhelm II. geriet später unter den Einfluß der konservativen preußischen Kräfte und bekämpfte in erster Linie den Deutschen Reichstag, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ("gegen Demokraten helfen nur Soldaten").

Die gesellschaftliche Ordnung dieser Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (von 1849 bis 1918) und in anderen Bundesstaaten war vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.

Der deutsche Historiker Heinz Dollinger (1929-2011) berichtet später über das "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (x056/263): >>Das Haus der Abgeordneten besteht aus 443 Mitgliedern, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Die Wahl ist mittelbar (indirekt) und zerfällt in 2 Handlungen: die Wahl der Wahlmänner, deren einer auf je 250 Seelen zu wählen ist (Urwahl), und die der Abgeordneten durch die Wahlmänner.

Zum Zwecke der Wahl werden die ... Wahlbezirke (Urwahlbezirke) von 750 bis 1.749 Seelen zerlegt. Die Urwahl erfolgt nach der Dreiklassenordnung, die ein Gleichgewicht der 3 Stände, der wohlhabenden, des Mittelstandes und der Unbemittelten herstellen soll. Die Urwähler werden innerhalb des Urwahlbezirkes nach ihren direkten ... Steuern in 3 Abteilungen so eingeteilt, daß jede Abteilung 1/3 der Gesamtsumme dieser Steuern ... umfaßt. Die zu wählenden Wahlmänner werden auf die Abteilungen gleichmäßig verteilt. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt nach absoluter Mehrheit durch Stimmabgabe zu Protokoll. Als Wahlmann kann jeder Urwähler in seinem Urwahlbezirk gewählt werden. In gleicher Weise erfolgt die Wahl der Abgeordneten.<<

Eduard Bernstein (1850-1932, SPD-Mitglied des Reichstages, 1917-20 USPD-Abgeordneter) sagt später über das "Dreiklassenwahlrecht" (x176/201): >>(Dieses Wahlrecht) hieß im Volk das "Groschenwahlrecht", weil der Groschen und nicht die Intelligenz entscheidend war, nicht der Wille der Wähler, sondern der nackte, pure Besitz. ... Um dieses Verhältnis vor Augen zu führen, erzählte das Volk das Beispiel von einem Bauern, der ein paar Ochsen besaß und deshalb in der zweiten Klasse wählen konnte, und als ihm durch einen Unglücksfall die Ochsen abhanden kamen, in der dritten Klasse wählen mußte, so daß er sagte: "Wer hat das Wahlrecht gehabt, ich oder meine Ochsen?"<<

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wird im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD) neu gegründet.

Die damalige Politik wird in erster Linie vom Adel, Industriellen und bürgerlichen Großgrundbesitzern dominiert. Der Einfluß der restlichen Parteien bleibt zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums werden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter. Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisieren damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhält bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellt 35 Abgeordnete.

Ogleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügt, sind die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gib es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen sind für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelt damals vorbildliche Gesetzeswerke (wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900) und zählt in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze werden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Kaiser Wilhelm II. fordert am 4. Dezember 1890 weitere Reformen des Schulwesens (x056/-259): >>... Wer selber auf dem Gymnasium gewesen ist, ... der weiß, wo es fehlt. Und da fehlt es vor allem an der nationalen Basis. Wir müssen als Grundlage für das Gymnasium das Deutsche nehmen: wir sollten nationale junge Deutsche erziehen und nicht junge Griechen und Römer. ... Der Deutsche Aufsatz muß der Mittelpunkt sein, um den sich alles dreht. Wenn einer im Abiturientenexamen einen tadellosen deutschen Aufsatz liefert, so kann man daraus ... beurteilen, ob er etwas taugt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 28.11.2009) über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >>**US-Autorin klärt Deutsche auf**

Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas

"Der lange Weg nach Westen" (Heinrich August Winkler) und "Der deutsche Sonderweg" (Hans-Ulrich Wehler) bezüglich Demokratie sind Schimären, wie dem Werk der Professorin

für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, zu entnehmen ist. In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer (Frauenwahlrecht gab es noch nirgends) seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.

Nur die Griechen und Franzosen (1844/1852) durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965. Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente.

Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfungskommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.

Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. Ergriff der bejubelte letzte Kaiser Partei, gewann die Opposition. So wurden Zentrum und Sozialisten während des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze immer stärker.

Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. Auch ein Mitglied der bis 1890 praktisch verbotenen Sozialistischen Arbeiterpartei konnte sich zur Wahl stellen. Er konnte in der vierwöchigen Wahl(kampf)zeit, oft verlängert durch Stich- und Nachwahlen, alle sonst verbotenen Schriften im Wahlkampf verbreiten und Wahlveranstaltungen durchführen. Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.

In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihnen sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.

Andersons Buch gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. So sah es auch die "Historische Zeitschrift" ("ein Muß") und forderte eine Übersetzung. Diese gibt die lebensnahe, anekdotenreiche Schilderung der unterschiedlichen politischen Gegebenheiten in den Bundesstaaten originalgetreu wieder.

Die "Lehrjahre der Demokratie" bieten gute Lehren für die heutige politische Praxis und unser Geschichtsbild.

Margaret Lavinia Anderson: "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", ... Stuttgart 2009 ...<<

Der evangelische Theologe Adolf Stoecker schreibt im Jahre 1890 (x233/160): >>Die Juden sind und bleiben ein Volk im Volke, ein Staat im Staate, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse.

Unsere Forderungen: ... Einschränkung der Einstellung jüdischer Richter ... Entfernung der jüdischen Lehrer ...<<

Theodor Mommsen (1817-1903, deutscher Historiker und liberaler Politiker, 1881-84 Mit-

glied des Reichstages, Gegner Bismarcks, erhält 1902 den Nobelpreis für Literatur) sagt im Jahre 1890 über den Antisemitismus (x233/161): >>... Eine Gemeinheit und Verrohung der Menschennatur ...<<

Das "Militärwochenblatt" veröffentlicht im Jahre 1890 folgende kaiserliche Kabinettsanweisung (x239/160): >>Nicht der Adel der Geburt allein kann heutzutage wie vordem das Vorrecht für sich in Anspruch nehmen, der Armee ihre Offiziere zu stellen. ...

Die Träger der Zukunft Meiner Armee (erblicke ich) auch in den Söhnen solcher ehrenwerter bürgerlicher Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesinnung anerzogen werden. ...<<

Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).

Österreich-Ungarn: Die radikalen "Jungtschechen" (Omladina-Bewegung bzw. Panslawisten), die eine politische Einigung aller Slawen und einen slawischen Gesamtstaat unter russischer Führung anstreben, verhindern seit 1890 alle österreichisch-tschechischen Ausgleichsversuche.

In den "neuen Provinzen" der Österreicher erhält die polnische Bevölkerung eine gewisse Teilautonomie (Zulassung der polnischen Amtssprache in Galizien usw.).

Rußland: Der russische Gouverneur der annektierten polnischen Gebiete berichtet im Jahre 1890 (x233/137): >>In den Staatsschulen behandelt man das polnische Kind nicht nur ohne Wohlwollen, sondern man läßt es noch seine Feindseligkeit spüren; man behandelt seine Religion mit Verachtung, und im Unterricht räumt man seiner Muttersprache einen geringeren Platz ein als dem Französischen oder dem Deutschen.

Eine so unmenschliche Behandlung ruft Wirkungen hervor, die dem genau entgegengesetzt sind, was die Regierung von den Schulen erwartet: anstatt in dem Kind die Liebe zu Rußland zu wecken, fordert sie in seinem Herzen den Haß heraus gegen alles, was russisch ist. ...<<

Serbien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Serbiens im Jahre 1890 (x818/876): >>(Serbien) ... In der auswärtigen Politik wünschten die Radikalen einen Umschwung gegenüber der österreichfreundlichen Haltung des Königs Milan. Dessen Politik war ja keineswegs reich an Erfolgen, dagegen wohl an Enttäuschungen gewesen.

Serbien, das sich früher unter den slawischen Staaten der Balkanhalbinsel zur Führerschaft berufen geglaubt hatte, mußte es erleben, daß Bosnien und die Herzegowina auf dem Berliner Kongreß an Österreich überliefert wurden, dann Bulgarien sich mit Ostrumelien vereinigte und damit das zahlenmäßige Übergewicht über Serbien erhielt, und der serbisch-bulgarische Krieg mit einem Siege dieses Nebenbuhlers endete.

Die Radikalen schrieben diese Ergebnisse der österreichischen Freundschaft zu und glaubten durch die russische Freundschaft bessere erzielen zu können. Sie knüpften daher mit dem Petersburger Hof wieder engere Beziehungen an, indem ihr Führer Paschitsch, Präsident der Skuptschina, sich wiederholt nach Petersburg begab und die Sendung von Waffen und Munition erwirkte.

Die radikale Presse stellte sich ganz auf den panslawistischen Standpunkt und griff Österreich-Ungarn in schärfster Weise an. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Nachbarland wurden erschwert, die Einfuhr rumänischen Getreides und Viehs durch Serbien in Österreich-Ungarn, um die von diesem gegen Rumänien eingeführten hohen Zölle zu umgehen, begünstigt.

Die österreichische Regierung gab ihre Unzufriedenheit hiermit zu erkennen, indem Kalnoky im Juni 1890 in seiner Rede in den Delegationen sich über Serbien beschwerte und die ungarische Regierung die Schweineausfuhr aus Serbien verbot.

Die serbische Regierung versicherte in lebhafter Weise ihre Unschuld und ihren aufrichtigen

Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zur Nachbarmonarchie aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig versuchte sie aber, sich über Saloniki einen von Österreich unabhängigen Weg für ihre Ausfuhr an Schweinen und Getreide zu eröffnen, was jedoch nicht gelang. ...

Daher suchte sich die Regierung Österreich wieder zu nähern, um wenigstens die Aufhebung des Schweineausfuhrverbots zu erlangen. Dies glückte endlich auch, indem die ungarische Regierung nur auf einigen Vorsichtsmaßnahmen bestand, welche Serbien gern bewilligte. Bei der Feier zur Eröffnung der Arbeiten am Eisernen Tor Ende September wurde die Wiederherstellung der freundlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien von beiden Seiten konstatiert.

Die neugewählte Skuptschina wurde am 19. November 1890 mit einer Thronrede eröffnet, welche unter dem Eindruck dieser letzten Ereignisse die Regierung beglückwünschte, daß das vertragsmäßige Verhältnis zu Österreich, mit welchem Serbien Beziehungen der Freundschaft und guter Nachbarschaft zu unterhalten wünsche, wieder in Kraft gesetzt werde. Dem gegenüber hielt es die radikale Mehrheit für notwendig, in der Antwort ... auf die Thronrede dem erhabenen Kaiser des russischen Brudervolkes den immerwährenden tiefgefühltesten Dank des serbischen Volkes auszusprechen; der Kaiser habe, wie immer, so auch in neuester Zeit Beweise seines Wohlwollens für Serbien und das serbische Volk gegeben. ...<<

Osmanisches Reich: Die Aufstände der Armenier und Syrer werden von 1890 bis 1897 durch die Türken niedergeschlagen.

Frankreich: Der antisemitische Jesuiten-Pater Paul Bailly schreibt im Oktober 1890 in der katholischen Tageszeitung "La Croix" (x075/69): >>Ein Mann von Herz schreibt uns: "Täte es nicht vielleicht Not, eine Petition zu verfassen, sie von all den Franzosen unterzeichnen zu lassen, die sich von dem Joch, das sie unterdrückt, befreien wollen, um vom Parlament zu fordern:

1. daß die Juden Frankreichs, da sie nicht zwei Nationalitäten haben können, den Ausländerstatus annehmen,
 2. daß die Ausländer, die den Landesfrieden stören, die verschiedenen Bürgerklassen gegeneinander aufwiegeln, indem sie Haß und Zwietracht säen, des Landes verwiesen werden."
- ...<<

Im November 1890 schreibt Paul Bailly in der katholischen Tageszeitung "La Croix" (x075/69): >>Wir fordern nicht, daß das gottesmörderische Volk niedergemacht wird ... Wir fordern aber einen Aderlaß seines Goldes, das das Blut unseres Volkes ist. ...

Beim Zar unterstehen die Juden ständiger Überwachung; da sie an nichts anderes denken als daran, die Behörden zu hintergehen, werden sie kollektiv zur Verantwortung gezogen; der Zugang zu den Universitäten und zum öffentlichen Dienst ist ihnen fast ganz versperrt. Wenn sie sich auch nur irgendwie bemerkbar zu machen erlauben, wird eine gewisse Anzahl von ihnen hingerichtet. ...<<

Großbritannien: Die englische Regierung schließt am 1. Juli 1890 mit dem Deutschen Reich einen sehr günstigen Tausch-Vertrag: Helgoland (von 1714-1814 dänisch, seit 1815 britisch) geht im August 1890 an Deutschland zurück, während England als Gegenleistung die Insel Sansibar und strategisch wichtige Gebiete Ostafrikas erhält.

Die größten Kolonialbesitzer im Jahre 1890 sind (x056/284): >>1. Großbritannien (32,7 Millionen qkm Fläche), 2. Rußland (17,3 Millionen qkm Fläche), 3. Frankreich (11,0 Millionen qkm Fläche), 4. Deutsches Reich (2,6 Millionen qkm Fläche), 5. Portugal (2,1 Millionen qkm Fläche), 6. Niederlande (2,0 Millionen qkm Fläche) und 7. Nordamerika (1,9 Millionen qkm Fläche).<<

USA: Der Sioux-Häuptling Sitting Bull (einer der großen Führer des Freiheitskampfes der nordamerikanischen Ureinwohner) wird während seiner Gefangennahme am 15. Dezember 1890 getötet.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über "Sitting Bull" (x818/881): >>Sitting Bull, Indianerhäuptling aus dem Stamme der Sioux, geboren 1837 als der Sohn des Häuptlings Jumping-Bull, des "Springenden Stieres", führte in seinem Totem, d.h. seinem Wappen, einen auf seinen Hinterschchenkeln sitzenden Büffelstier (daher sein Name).

Er war ein Mann von bedeutender geistiger Kraft, unbeugsamem Heldenmut, feuriger Beredsamkeit und politischem Scharfblick, ein tödlicher Feind der Weißen und der Regierung der Vereinigten Staaten, wenn es ihm auch in den letzten Jahren gelang, sein Haß- und Rachegefühl geschickt zu verbergen.

Trotz des Vertrages, den die Bundesfriedenskommissäre 1868 mit den Sioux und den nördlichen Cheyenne abgeschlossen hatten, kraft dessen ihnen das Recht zugestanden wurde, auf ihrem alten Gebiet zu jagen, befahl ihnen General Sheridan 1876 wider alles Recht, ihre Jagdgründe aufzugeben und eine Reservation zu beziehen.

Die Indianer bestanden jedoch auf ihrem Recht, und die Folge davon war ein blutiger Siouxkrieg, in welchem Sitting Bull die Führung übernahm. Er verlegte das Hauptlager nach den sogenannten Bad-Lands, einer unzugänglichen Felsenwüstenei am Oberlauf des Yellowstone River, und es gelang ihm am 17. Juni 1876, den General Custer, den damals berühmtesten Indian fighter, mit seiner ganzen Truppenmacht bis auf den letzten Mann zu vernichten.

Indessen endigte der Kampf doch zu Ungunsten der Indianer, und Sitting Bull trat mit seinen Kriegern auf britisches Gebiet über, erhielt 1880 die Erlaubnis zur Rückkehr und ließ sich mit seinem Stamm auf der diesem zugewiesenen Reservation in Montana nieder.

Als diese jedoch zum großen Teil von der Regierung den Rothäuten wieder abgekauft wurde und die Verhandlungen darüber im Jahre 1889 begannen, widersetzte sich Sitting Bull aufs heftigste diesem Geschäft und wurde dafür seiner Häuptlingsgewalt enthoben.

Sobald Anfang November 1890 ein allgemeiner Indianerkrieg auszubrechen drohte, der Messiaswahn überall im Nordwesten der Vereinigten Staaten von Nordamerika auftauchte und die Geistertänze begannen, suchte Sitting Bull das verlorene Ansehen wiederzugewinnen, wiegelte seinen Stamm auf, gebot ihm, sich an den Tänzen zu beteiligen, und war eben im Begriff, den Oberbefehl zu übernehmen, als er bei dem Versuch seiner Verhaftung durch die Bundes-truppen am 15. Dezember mit seinem Sohn getötet wurde.<<

Ein Begleiter Sitting Bulls berichtet später über eine der letzten Reden des Sioux-Häuptlings (x181/2.34): >>Welchen Vertrag, den die Weißen eingehalten haben, hat der rote Mann gebrochen? Nicht einen.

Welchen Vertrag, den die Weißen mit uns schlossen, haben sie gehalten? Nicht einen.

Als ich ein Junge war, gehörte die Welt den Sioux. Die Sonne ging auf und unter in ihrem Land, sie schickten zehntausend Männer in den Kampf. Wo sind heute die Krieger? Wer hat sie getötet? Wo ist unser Land? Wem gehört es?

Welcher Weiße kann behaupten, daß ich ihm sein Land oder einen Penny seines Geldes gestohlen hätte? Und doch nennen sie mich einen Dieb.

Welche weiße Frau, auch wenn sie ganz allein war, wurde jemals von mir gefangengenommen oder beleidigt? Und doch nennen sie mich einen schlechten Indianer.

Welcher Weiße hat mich jemals betrunken gesehen? Wer ist jemals hungrig zu mir gekommen und wurde nicht satt?

Wer hat je gesehen, daß ich meine Frauen schlug oder meine Kinder mißhandelte?

Welches Gesetz habe ich gebrochen?

Ist es ein Unrecht wenn ich die Meinen liebe? Bin ich böse, weil meine Hautfarbe rot ist? Weil ich ein Sioux bin? Weil ich geboren wurde, wo mein Vater lebte, weil ich bereit bin, für mein Volk und für mein Land zu sterben? ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Lage der nordamerikanischen Ureinwohner im November 1890 (x818/977-978): >>(Vereinigte Staaten von Nordamerika) ...

In der ersten Hälfte des Novembers gelangte nach der Bundeshauptstadt Washington die Nachricht, daß der Ausbruch eines Indianerkrieges zu befürchten sei. Ursachen und Anlässe zu einem solchen Aufstand sind stets vorhanden und sind auf beiden Seiten zu suchen.

Die Rothäute, mit Ausnahme der fünf zivilisierten Stämme des Indian Territory, betrachten sich immer noch als die eigentlichen Herren des Kontinents und die Weißen als unrechtmäßige Eindringlinge; an unzufriedenen und gefährlichen Häuptlingen, die im geheimen aufstacheln und aufreizen, fehlt es nie, und die vorwärts schreitende Zivilisation schmälert den Rothäuten nicht nur ihr Gebiet, sondern schädigt auch Wildstand und Jagdgründe, von denen der Büffel, ihr früheres Hauptwild, schon fast ganz verdrängt ist.

Auf der anderen Seite werden die Indianer von den Agenten und Händlern häufig ... (bei) den Waren und Lebensmitteln, die ihnen von der Regierung bewilligt sind, auf betrügerische Weise benachteiligt, und es ist sehr schwer für die Verwaltung, auf den ungefähr 100 Reservationen, d.h. den ihnen mit gänzlichem Ausschluß der Weißen vertragsmäßig überlassenen und gewährleisteten Ländereien, das Lieferungswesen so zu beaufsichtigen, daß die Mündel der Nation alles richtig empfangen, was ihnen zukommt.

Die sogenannten Grenzer, die rauhen und oft gewalttätigen Pioniere der Zivilisation, siedeln sich nicht selten auf Landstrecken an, die den Rothäuten verbürgt sind, und erregen dadurch bedenkliche Zwistigkeiten; endlich kauft die Regierung auf Antrieb des Volkes der Vereinigten Staaten, welches den Indianern die von ihnen verhältnismäßig wenig angebauten und ausgenutzten Gebiete neidet, jetzt fast alljährlich eine oder mehrere der Reservationen ab, und wenn sie dieselben auch stets sehr gut bezahlt und die früheren Besitzer überhaupt in durchaus hochherziger Weise abfindet, so haben diese doch immer das Gefühl, daß sie beständig an dem Grund und Boden verlieren, der ihnen als den ursprünglichen Herren von Rechts wegen gehöre.

Zu diesen stets mehr oder weniger wirksamen Kriegsursachen ist diesmal eine andere von eigentümlich religiöser Art hinzugekommen, die Erwartung von der Ankunft eines indianischen Messias und von dem Abbrechen des Tausendjährigen Reiches auf Erden.

Die seit etwa drei Jahren im Gange befindliche Bewegung scheint ursprünglich eine ganz harmlose gewesen und von einer Rothaut ausgegangen zu sein, die sich Friedensstifter nannte, Johnson Sides hieß und unter den Weißen wie unter den Indianern Nevadas allgemein bekannt war.

Seine Lehren gestalteten sich in dem Kopfe John Johnsons, eines Pi-Ute vom Walker-See in Utah, wo dieser Stamm eine Reservation bewohnt, zu einer seltsamen Schwärmerei um, deren ungefährlicher Messias sich aber in der Phantasie der Sioux- und Cheyenne-Krieger in einen blutdürstigen Propheten verwandelte, auf dessen Ruf die Erde sich öffnen wird, um die Weißen zu verschlingen, und in dessen Gefolge alle ... toten Indianer und alle von den Jagdgründen verschwundenen Büffelherden wieder erscheinen werden.

Er fordert die Indianer auf, als Vorbereitung auf die Ankunft des rothäutigen Messias den Geistertanz aufzuführen und dann den Kriegspfad zu betreten, die Weißen müßten alle sterben, den Indianern könne aber auch keine Todeswunde mehr etwas anhaben, denn sie würden sofort wieder auferstehen.

Viele Stämme folgten dem Gebot, sie tanzten den nächtlichen Geistertanz, der ihre Erregung immer mehr steigerte, bis sich zuletzt ein religiöser Fieberwahnsinn der Rothäute bemächtigte, die von der Südgrenze des Indian Territory nordwärts bis Kanada hausen.

Die Regierung traf sofort die nötigen Vorsichtsmaßregeln und Vorkehrungen, um einen allgemeinen Aufstand im Entstehen zu unterdrücken, und General Miles, der sich schon in früheren Indianerkriegen ausgezeichnet hat, zog die ihm zur Verfügung stehenden Truppen zum Teil aus weiter Ferne herbei und verteilte sie so geschickt, daß diejenigen Agenturen, auf welchen die Gärung am größten ist, von Bundesstreitkräften umstellt sind.

Von der Pine Ridge-Agentur in Süddakota haben sich einige tausend Sioux nach dem Sammelpunkt für alle Unzufriedenen, den sogenannten Bad Lands, zurückgezogen, die an der Mündung des Wounded Knee Creek beginnen und sich 110 englische Meilen von Nordosten nach Südwesten und 50 Meilen von Osten nach Westen erstrecken. Es ist ... eine öde Felsenswüste mit jähem Steilschluchten und seltsamen Felsbildungen, die nur wenigen Weißen, desto besser aber den Rothäuten bekannt ist. Von hier aus können letztere Überfälle auf die angrenzenden Ansiedler ausführen und die Bundestruppen zwingen, ein für sie sehr gefährliches Gebiet zu betreten. Sie haben dies auch bereits getan und etwa 1.000 Rinder fortgetrieben, die zum Teil der Regierung, zum Teil Privaten angehören.

General Brooke forderte sie auf, eine Gesandtschaft zu ihm nach der Pine Ridge-Agentur zur Beschwerdeführung und Unterhandlung zu schicken, und so erschienen denn auch am 7. Dezember der erste Häuptling Two Strike und mit ihm noch andere, Turning Bear, Big Turkey, High Pine, Big Bad Horse und Bull-Dog; indessen gelangte man zu keiner Einigung.

Seitdem haben bereits mehrere blutige Kämpfe mit erheblichen Verlusten auf beiden Seiten stattgefunden, der erste am 15. Dezember hatte den Tod Sitting Bulls, dieses gefährlichsten aller Sachems (Häuptlinge), sowie seines Sohnes zur Folge.

Im Repräsentantenhaus wurde dieser Fall am 22. Dezember zum Gegenstand von zwei Resolutionen gemacht; Blanchard von Louisiana erklärte, der Tod des Häuptlings scheinbar unter Umständen herbeigeführt worden zu sein, welche weder durch die im Kriege noch durch die im Frieden geltenden Gesetze gerechtfertigt seien, und beantragte die Niedersetzung einer Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit. Dieselbe solle ferner befugt sein, Erhebungen über die Ursachen der gegenwärtigen Indianerwirren im Westen anzustellen und zu ermitteln, ob etwa vertragsmäßige Verpflichtungen vernachlässigt oder saumselig und unzulänglich erfüllt worden sind.

McAdoo aus New Jersey brachte eine Resolution ein, welche ebenfalls erklärt, daß Sitting Bull in nicht zu rechtfertigender Weise getötet, und daß seine Leiche verstümmelt worden sei; der Kriegsminister Proctor sowie der Chef des Indianerdepartements Noble wurden aufgefordert, die amtlichen Berichte über die Gefangennahme und den Tod des Häuptlings dem Hause vorzulegen. ...<<

Bei Wounded Knee, in Süd-Dakota, findet am 29. Dezember 1890 das letzte große "Indianer-Massaker" der US-Armee statt. Etwa 350 halbverhungerte Dakota (überwiegend alte Menschen, Frauen und Kinder) sollen in der Indianerreservation Pine Ridge von US-Truppen (Führung: Oberst James W. Forsyth) entwaffnet werden. Als sich bei dieser Aktion versehentlich ein Schuß löst, metzeln die US-Soldaten die Dakota (angeblich militante Mitglieder der "Geistertanzbewegung") rücksichtslos nieder (x181/2.36, x252/809).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das Massaker bei Wounded Knee (x068/69): >>... Als die Regierung 1890 beschließt, den Rest der Sioux zu entmachten, fliehen sie in die Badlands, ein unwirtliches Gelände am "Wounded Knee" in Dakota.

Am 29. Dezember von mehreren Kompanien des 7. Kavallerie-Regiments unter Oberst Forsyth umstellt, treten sie zur Entwaffnung aus ihren Zelten. Da fällt ein Schuß, angeblich durch einen Sioux, und nun läßt der Oberst die Truppe sowie vier auf einen Hügel aufgefahrene Hotchkiss-Kanonen feuern. In Kürze bedecken zweihundert Indianer, Männer, Frauen, Kinder, tot oder halb tot den Boden, die Übrigen fliehen hinter den brennenden Zelten in eine Schlucht, die aber von den Geschützen bestrichen werden konnte. Granathagel und die Salven der nachsetzenden Soldaten erledigen sie.

"Die Verfolgung war ein reines Massaker: fliehende Frauen mit ihren Kindern in den Armen schoß man nieder, nachdem der Widerstand längst aufgehört hatte und nachdem bereits jeder Krieger tot oder sterbend auf dem Boden lag" (Radin).

... General Miles eröffnete gegen seinen Oberst Forsyth ein Verfahren, der Kriegsminister aber rehabilitierte ihn. Der Indianerkrieg war damit definitiv beendet.

Schließlich wurde der kümmerliche Rest in Reservationen gepfercht und durch ein Netz von Agenturen, Forts und Militärposten überwacht, um jedes Aufbegehren sofort zu unterdrücken.<<

Im Jahre 1890 leben nur noch 0,2 Millionen Ureinwohner in Nordamerika (x056/126). Die letzten Ureinwohner Nordamerikas sind heimatlos und besitzen kein eigenes Land mehr. Alle nordamerikanischen Ureinwohner vegetieren nur noch in trostlosen und ärmlichen Reservationen, die ab 1934 unter der Aufsicht des US-Innenministeriums stehen.

Luther Standing Bear vom Stamm der Dakota berichtet damals über die Weißen (x181/1.82-83): >>Ich kenne keine Pflanzen-, Vogel- oder Tierart, die ausgerottet wurde, bevor der weiße Mann kam. Einige Jahre nachdem die Büffel verschwunden waren, gab es noch immer große Antilopenherden, aber die Jäger hatten kaum ihr Werk vollendet und die Büffel abgeschlachtet, als sie sich schon den Antilopen zuwandten. ...

Für den Weißen waren die heimischen Tiere ebenso wie die eingeborenen Menschen dieses Kontinents nur Schädlinge, die vertilgt werden mußten. Auch Pflanzen, die dem Indianer von Nutzen waren, wurden plötzlich zu Schädlingen erklärt. ...

Was die Beziehung zur Natur betrifft, so gab es zwischen der Haltung des Indianers und der des Weißen einen großen Unterschied; aus diesem Unterschied heraus wurde der eine zum Schützer und Bewahrer der Natur, der andere zu ihrem Zerstörer. Die Indianer und die anderen Geschöpfe, die hier geboren wurden und lebten, hatten eine gemeinsame Mutter – Die Erde. ...

Die Haltung des Weißen war anders: Er verachtete die Erde und was sie hervorbrachte. Da er sich selbst für ein höheres Geschöpf hielt, nahmen die übrigen Geschöpfe in seiner Rangordnung eine niedrigere Stellung ein. Aus diesem Glauben heraus handelte er.

Er maßte sich an, über Wert und Unwert des Lebens zu bestimmen, und so ging er schonungslos an sein Zerstörungswerk. Wälder wurden abgeholzt, der Büffel wurde ausgerottet ... Riesige mit Gras bewachsene Prärien, die die Luft mit süßem Duft erfüllten, wurden umgeackert; Quellen, Bäche und Seen, die ich in meiner Kindheit noch kannte, sind ausgetrocknet und verschwunden.

Ein ganzes Volk wurde gedemütigt und dem Tod preisgegeben. So ist der weiße Mann für alle Wesen auf diesem Kontinent zum Sinnbild der Vernichtung geworden. ...<<

Theodore Roosevelt (1858-1919, US-Präsident von 1901-1909) verteidigt noch Anfang des 20. Jahrhunderts die Entrechtung der Ureinwohner (x068/71): >>Ich gehe nicht so weit zu denken, daß nur tote Indianer gute Indianer sind, aber ich glaube, daß das für neun von zehn Indianern gilt, und was den zehnten angeht, so will ich den Fall nicht näher untersuchen. Jedenfalls hat der bösartigste Cowboy mehr moralische Prinzipien als der durchschnittliche Indianer. ... Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde. ...<<

Erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beginnt man in Nordamerika damit, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den nordamerikanischen Ureinwohnern moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.